

Kosten (k)einer Kindergrundsicherung: Folgekosten von Kinderarmut

Kurzexpertise für die Diakonie Deutschland

Berlin, 18. August 2023

DIW Econ GmbH

Mohrenstraße 58

10117 Berlin

Kontakt:

Dr. Lars Handrich

Tel. +49.30.20 60 972 - 0

Fax +49.30.20 60 972 - 99

service@diw-econ.de

<http://www.diw-econ.de>

Das Wichtigste in Kürze

Die Einführung einer Kindergrundsicherung ist ein derzeit kontrovers diskutiertes Thema. Laut eines Eckpunktepapiers der Bundesregierung soll diese einerseits zu einer höheren Inanspruchnahme der aktuell bestehenden sozialen und familienpolitischen Leistungen für Kinder führen und andererseits eine Anpassung des Grundbedarfs beinhalten.

In der Debatte zur Bekämpfung von Kinderarmut dürfen Politikmaßnahmen jedoch nicht nur an ihren direkten fiskalischen Kosten gemessen werden. Vielmehr müssen auch die Folgekosten unterlassener Bekämpfung in der Abwägung über politische Maßnahmen einberechnet werden. Denn die langfristigen Kosten von Kinderarmut sind bedeutend.

Eine exakte Quantifizierung der Folgekosten von Armut ist jedoch schwer durchführbar, weil diese oft verzögert zur erlebten Armut auftreten, am Ende komplexer Kausalitätszusammenhänge stehen oder nicht in monetären Größen gemessen werden können. Als Approximation werden deshalb in der vorliegenden Kurzexpertise im Auftrag der Diakonie Deutschland Partialanalysen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe durchgeführt. Sie zeigen die vielfachen Wirkungsmechanismen auf, über die Kinderarmut langfristig gesellschaftliche Kosten verursacht.

Im Folgekostenbereich Gesundheit liegt beispielsweise für armutsbetroffene Kinder das Risiko höher, gesundheitliche Probleme zu entwickeln und deshalb langfristig arbeitsunfähig zu werden oder Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Alleine die direkten und indirekten Kosten im Zusammenhang mit Adipositas, deren Risiko mit Kinderarmut steigt, lagen 2016 bei jährlich mehr als 60 Milliarden Euro (Effertz, Engel, Frank, & Linder, 2016).

In Hinblick auf den Folgekostenbereich Bildung führt u. a. der oft schlechtere Zugang zu Bildungsangeboten für armutsbetroffene Kinder zu niedrigeren Bildungsabschlüssen und begrenzten beruflichen Perspektiven. Dass dies wiederum das Risiko von Arbeitslosigkeit erhöht, bedeutet langfristig gesellschaftliche Kosten in Form von ausbleibenden Steuer- und Sozialabgaben und zusätzliche Transferleistungen. Diese Kosten belaufen sich alleine für Personen eines Jahrgangs mit unzureichender Bildung auf 1,5 Milliarden Euro jährlich (Allmendinger, Giesecke, & Oberschachtsiek, 2011).

Kosten des Bereichs soziale Teilhabe sind nur schwer quantifizierbar. Die Folgekosten sind jedoch real: Wenn etwa finanzielle Mittel oder Raum zur sozialen Teilhabe für Kinder fehlen, hat dies langfristig nachteilige Auswirkungen auf das soziale Netzwerk, was sich wiederum negativ auf deren Bildungs-

und Arbeitsmarktchancen auswirkt. So steht eine wenig ausgeprägte soziale Teilhabe in Zusammenhang mit ausbleibenden Steuer- und Sozialbeiträgen und erfordert langfristig höhere Sozialleistungen durch den Staat.

Dass zielgerichtete Politikmaßnahmen wirksam gegen Kinderarmut sind, zeigt eine empirische Simulation für drei Szenarien: 1) eine Entbürokratisierung, die zur vollständigen Ausschöpfung des Kinderzuschlags führt, 2) ein kinderbezogener Transfer von 50 Euro für armutsbetroffene Kinder und 3) ein kinderbezogener Transfer von 100 Euro für armutsbetroffene Kinder.

Der Vergleich zwischen den untersuchten Szenarien ergibt, dass durch zusätzliche Transfers von 100 Euro der Anteil armutsbetroffener Haushalte am stärksten reduziert werden könnte. Besonders würden Alleinerziehendenhaushalte und Paare mit mindestens drei Kindern von den zusätzlichen Leistungen profitieren – und damit die Haushalte, die aktuell am stärksten von Armut betroffen sind.

Die Mehrausgaben auf dem Niveau von 2019 belaufen sich auf ca. 630 Millionen (Szenario 1), 2.130 Millionen (Szenario 2) bzw. 4.260 Millionen Euro (Szenario 3). Gegenübergestellt mit den Kosten von mehr als 100 Milliarden Euro, die einer Studie von Clarke et al. (2022) zufolge 2019 in Deutschland durch vergangene und aktuell existierende Kinderarmut anfielen, erscheinen umfangreiche Investitionen zur Reduzierung von Kinderarmut als nachhaltig investierte Mittel.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Ausmaß von Armut in Haushalten mit Kindern	3
3.	Folgekosten von Kinderarmut	9
3.1	Folgekostenbereich Gesundheit.....	11
3.2	Folgekostenbereich Bildung	14
3.3	Folgekostenbereich soziale Teilhabe.....	18
4.	Wirkung gezielter politischer Maßnahmen	21
5.	Fazit	29
	Literaturverzeichnis	31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1:	Verteilung der Haushaltstypen in Deutschland, 2019	5
Abbildung 2-2:	Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen pro Jahr je Haushaltstyp.....	6
Abbildung 2-3:	Einkommensverteilung aller Haushalte und für Haushalte ohne und mit Kindern, 2019	7
Abbildung 2-4:	Einkommensverteilung je Haushaltstyp, 2019	8
Abbildung 3-1:	Anteil an Personen mit mindestens gutem Gesundheitsstatus, je Einkommensgruppe, 2019.....	13
Abbildung 3-2:	Anteil an Personen mit mindestens gutem Gesundheitsstatus, je Haushaltstyp, 2019	14
Abbildung 3-3:	Anteil an Akademiker:innenhaushalten, je Haushaltstyp, 2019	16
Abbildung 3-4:	Anteil an Akademiker:innenhaushalten, je Einkommensgruppe, 2019	17
Abbildung 3-5:	Anteil Erwachsener mit wöchentlichem Kontakt zu Freunden und Bekanntem, je Einkommensgruppe, 2019	20
Abbildung 4-1:	Durchschnittlicher Einkommenseffekt je Haushaltskategorie der simulierten politischen Maßnahmen	25
Abbildung 4-2:	Anteil der Haushalte in Einkommensarmut vor und nach simulierten politischen Maßnahmen.....	26
Abbildung 4-3:	Relative Änderung der Armutsquote.....	27
Abbildung 4-4:	Anteil der Haushalte mit prekärem Einkommen vor und nach simulierten politischen Maßnahmen.....	28

1. Einleitung

Nach den um Sonderausgaben in Reaktion auf die Corona-Krise und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erhöhten Bundeshaushalten 2020 bis 2023 sollen die Bundesminister:innen über fast alle Ressorts hinweg mit weniger Budget im Haushalt 2024 planen. Dabei sind vor der Sommerpause insbesondere die Ausgabenplanungen für Sozialleistungen für arme Haushalte mit Kindern in den Fokus der Diskussion gerückt. Die Regierungskoalition aus SPD, Grüne und FDD hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel „Familien stärken und mehr Kinder aus der Armut holen“ festgehalten (SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP, 2021, S. 7). Es soll durch die Umsetzung des Konzepts der Kindergrundsicherung erreicht werden. Sie umfasst die Zusammenlegung aller Leistungen zur Existenzsicherung, eine vereinfachte Antragsstellung sowie eine Neuermittlung und Auswertung des materiellen Existenzminimums. Im aktuellen Haushaltsentwurf sind nur Mittel enthalten, die sich auf die vereinfachte Antragsstellung konzentrieren. Eine Ausweitung der Existenzsicherung ist nicht angedacht (Bundesministerium der Finanzen, 2023).

Eine erfolgreiche Armutspolitik sollte sowohl heutige Armut nachhaltig bekämpfen als auch zukünftiger Armut präventiv vorbeugen. Ersteres ist möglich, indem Menschen in Armut die nötigen Ressourcen zur Hand gegeben werden, um längerfristig oberhalb des Existenzminimums leben zu können. Letzteres ist in einem Land mit so geringer sozialer Mobilität wie Deutschland eng mit Ersterem verbunden (OECD, 2018). Armut wird in weiten Teilen von Generation zu Generation „vererbt“ (Laubstein, Holz, Dittmann, & Sthamer, 2012; Legewie & Bohmann, 2018). Deshalb sollte Armutspolitik zusätzlich gezielt in Armut lebende Kinder adressieren, um die Wahrscheinlichkeit eines sozialen Aufstiegs für sie zu erhöhen.

Dies funktioniert am besten mit einem Politikmix aus aufklärenden, fördernden und materiellen Maßnahmen (Diakonie Deutschland, 2023). Die materielle Förderung ist dabei ein entscheidender Faktor. Zusätzliche (Transfer-)Zahlungen werden in armen Haushalten zu einem Großteil für die in den Haushalten lebenden Kinder und Jugendlichen ausgegeben (Stichnoth, et al., 2018; Gennetian, et al., 2022; Andresen & Galic, 2015). Die Maßnahmen kommen an und verstärken die Effekte der fördernden, nicht-materiellen Maßnahmen. Wer sich beispielsweise um das nächste Essen keine Gedanken machen muss oder nicht hungrig zur Schule geht, ist deutlich aufgeschlossener und motivierter, in zusätzlichen Bildungsangeboten zu partizipieren.

So kann eine materielle Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen in Armut nicht nur den armen Haushalten heute helfen, sondern auch dafür sorgen, dass diese Kinder eine größere Chance

haben, in Zukunft selbst nicht in Armut zu leben. Dafür ist eine höhere Summe als die derzeit veranschlagten 100 Millionen Euro in 2024 und ab 2025 jährlich 2 Milliarden Euro notwendig (Bundesministerium der Finanzen, 2023).

Dieses Geld wäre aus gesellschaftlicher Sicht gut angelegt. Mit der Prävention zukünftiger Armut von Menschen, die heute als Kinder in armen Haushalten leben, würde Deutschland die damit verbundenen Folgekosten, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziales Kapital, reduzieren. Den Bundesaussgaben zur Kinderarmutsbekämpfung müssen diese Folgekosten gegenübergestellt werden. Jeder heute „eingesparte“ Euro löst Folgekosten aus.

Mit der vorliegenden Kurzexpertise leistet DIW Econ im Auftrag der Diakonie Deutschland einen Debattenbeitrag zu dieser Gegenüberstellung. Darin wird das Ausmaß der Kinderarmut in Deutschland umfassend dargelegt (Abschnitt 2), die damit verbundenen gesellschaftlichen Folgekosten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und sozialem Kapital erörtert (Abschnitt 3) und aufzeigt, welche Effekte die Ausweitung monetärer Hilfen für Kinder in armen Haushalten auf das Armutsrisiko betroffener Haushalte haben würde (Abschnitt 4).

2. Ausmaß von Armut in Haushalten mit Kindern

In diesem Abschnitt wird ein Überblick über das Ausmaß von Armut in Haushalten mit Kindern in Deutschland gegeben. Datengrundlage für die Analyse bilden die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Sie beziehen sich auf das Jahr 2019, für das im SOEP vollständige Informationen zum Nettohaushaltseinkommen inklusive umfassender Einmal-, Steuerrück- und Nachzahlungsinformationen vorliegen.¹ Dass keine aktuelleren Daten vorliegen, muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden. Etwaige Auswirkungen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Kriegs, hoher Inflationsraten und damit zusammenhängender Hilfsmaßnahmen spiegeln sich deshalb noch nicht in den Daten wider. Da die Kindergrundsicherung nicht als Reaktion auf dynamische globale Prozesse gedacht ist, sondern eine strukturelle Maßnahme gegen langfristig verankerte Kinderarmut darstellt, ist die Güte der Aussagen der Kurzexpertise nicht beeinträchtigt. Die hohen Inflationsraten der vergangenen Jahre dürften die Situation seit 2019 eher verschärft haben. Unter diesem Aspekt dürfte das tatsächlich vorliegende Ausmaß an Armut in Deutschland höher liegen, als in den nachfolgenden Ergebnissen präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung im Folgenden vergleichbar zu machen, wird für jeden Haushalt ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen) nach der international üblichen Bedarfsskala („neue OECD-Skala“) ermittelt.² Die Haushalte werden dann entsprechend ihres Nettohaushaltseinkommens in Anlehnung an einen Vorschlag von Groh-Samberg in Relation zum Medianhaushaltseinkommen³ kategorisiert, um relative Aussagen treffen zu können (Groh-Samberg, Büchler, & Gerlitz, 2019):

- Haushalte mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Einkommensarmut)
- Haushalte mit 60 Prozent bis 80 Prozent des Medianeinkommens (prekäre Einkommen)
- Haushalte mit 80 Prozent bis 120 Prozent des Medianeinkommens (mittlere Einkommen)

¹ Im Anhang werden die Methode und der Datensatz tiefergehend erläutert.

Das Nettohaushaltseinkommen umfasst die Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder inkl. staatlicher Transfers (Kindergeld, Arbeitslosengeld, etc.) abzüglich Steuern und Abgaben.

² Den Haushalten wird ausgehend von ihrer Personenzusammensetzung gemäß der modifizierten OECD-Skala ein Bedarfsgewicht zugeordnet. In das Gewicht geht die erste erwachsene Person, mit einem Faktor von 1,0 ein, jede weitere Person, die mindestens 14 Jahre alt ist, mit einem Faktor von 0,5 und Personen, die jünger als 14 Jahre sind, gehen mit einem Faktor von 0,3 ein. Siehe: OECD (1982). Eine genauere Erläuterung findet sich im Anhang.

³ Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das der mittlere Haushalt in einer Einkommensaufstellung aller deutschen Haushalte von arm nach reich bezieht.

- Haushalte mit 120 Prozent bis 200 Prozent des Medianeinkommens (gehobene Einkommen)
- Haushalte mit mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens (Einkommenswohlhabend).

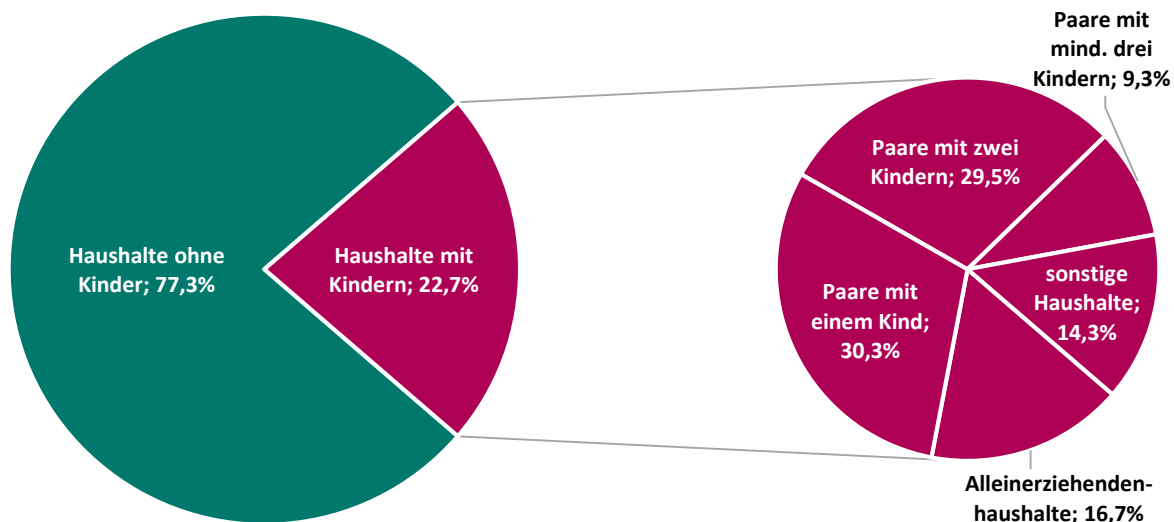
Zentral für die vorliegenden Analysen sind dabei die als von Armut betroffen geltenden Haushalte. Ihr bedarfsgewichtetes Einkommen beträgt weniger als 60 Prozent des Mediannettoeinkommens deutscher Haushalte. Damit folgt die Kategorisierung von armutsbetroffenen Haushalten der allgemeinen Definition, der zufolge die Armutsgefährdungsgrenze 60 Prozent des Mediannettoeinkommens entspricht (Bundesregierung, 2021b).

Für die vorliegende Kurzexpertise rund um das Thema Kinderarmut sind die deutschen Haushalte die zentrale Beobachtungseinheit. Es wurde sich gegen eine pro Kopf-Betrachtung entschieden, da sozialpolitische Maßnahmen in erster Linie auch Haushalte als Bedarfsgemeinschaft in ihrer Gänze adressieren. Werden zudem unterschiedliche Haushaltskonstellationen („Haushaltstypen“) berücksichtigt, offenbaren sich teils deutliche Unterschiede in den jeweiligen Einkommensniveaus und -verteilungen. Die betrachteten Haushaltstypen *Haushalte ohne Kinder*, *Alleinerziehende*, *Paare mit einem, zwei bzw. mindestens drei Kindern* und *Sonstige Haushalte mit Kindern* sind unterschiedlich häufig vertreten und unterscheiden sich neben dem monetären Bedarf bzw. der Haushaltszusammensetzung auch in weiteren wohlfahrtsrelevanten sozioökonomischen Aspekten.⁴

Abbildung 1 stellt dar, in welchem Anteil deutscher Haushalte Kinder leben und wie sich die Haushalte mit Kindern auf die verschiedenen Haushaltstypen verteilen. Nur in knapp jedem vierten Haushalt in Deutschland leben Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene, für die ein Antrag auf Kindergeld gestellt werden kann (22,7 Prozent). Unter den Haushalten mit Kindern sind Paare mit einem oder zwei Kindern am häufigsten vertreten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 6,9 bzw. 6,7 Prozent oder 30,3 bzw. 29,5 Prozent an den Haushalten mit Kindern. Weniger häufig sind Haushalte von Alleinerziehenden (3,8 Prozent; 16,7 Prozent), sonstige Haushalte mit Kindern (3,2 Prozent; 14,3 Prozent) und Haushalte mit drei und mehr Kindern (2,1 Prozent; 9,3 Prozent). Zu den sonstigen Haushalten zählen insbesondere Einpersonenhaushalte mit nur einer Person, für die noch Kindergeld beantragt werden kann, wie z. B. Studentenhaushalte. Außerdem fallen darunter Mehrgenerationenhaushalte, Haushalte mit Kindern, die einen unterschiedlichen Kindergeldstatus haben, und junge Paare, bei denen für mindestens eine Person noch Kindergeld beantragt werden kann.

⁴ Als Kind werden Personen bezeichnet, für die ein Antrag auf Kindergeld gestellt werden kann. Das umfasst Minderjährige, Arbeitslose bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres und Personen in Ausbildung bis zum Abschluss des 25. Lebensjahres.

Abbildung 2-1:
Verteilung der Haushaltstypen in Deutschland, 2019



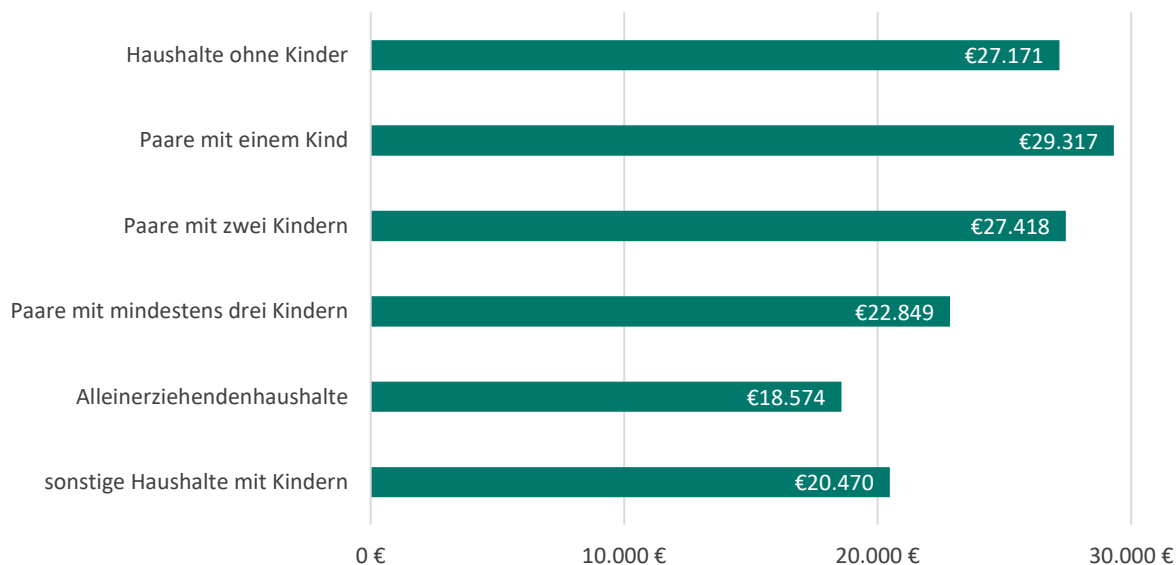
Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.253.

Mit Blick auf die absoluten Zahlen zum durchschnittlichen jährlichen Nettoäquivalenzeinkommen je Haushaltstyp verdeutlicht Abbildung 2-2, dass die niedrigsten Äquivalenzeinkommen in Alleinerziehendenhaushalten und Haushalten mit mindestens drei Kindern mit Anspruch auf Kindergeld vorliegen. Während Paare mit einem Kind das höchste durchschnittliche Äquivalenzeinkommen verzeichnen (29.317 Euro), geht das mittlere Äquivalenzeinkommen mit zunehmender Kinderzahl zurück. So haben Paare mit mindestens zwei Kindern nur noch 27.418 Euro im Jahr zur Verfügung; bei drei oder mehr Kindern im Haushalt liegt das Äquivalenzeinkommen mit 22.849 Euro rund 22 Prozent unterhalb des Niveaus von Paaren mit einem Kind. Das niedrigste Äquivalenzeinkommen weisen Alleinerziehendenhaushalte mit jährlich 18.574 Euro auf. Damit liegen sie ein Drittel unter dem Einkommen von Paaren mit einem Kind. Zum Vergleich: Haushalte ohne Kinder haben ein durchschnittliches Äquivalenzeinkommen von 27.171 Euro pro Jahr.

Neben dem unterschiedlichen Bedarf hängt die Höhe des bedarfsgewichteten Einkommens auch mit den Einkommensquellen zusammen. So weist das vergleichsweise niedrige Durchschnittseinkommen der Alleinerziehendenhaushalte darauf hin, dass diese im Jahr 2019 mit 29,5 Prozent den höchsten Anteil an Bezieher:innen von SGB II-Leistungen vorwiesen. Mit 16,5 Prozent folgen Haushalte mit mindestens drei Kindern. Die niedrigste Abhängigkeit von SGB II-Leistungen haben mit 4,0 Prozent Haushalte mit einem Kind. Das niedrige Äquivalenzeinkommen der Haushalte ohne Kinder, das geringer ausfällt als bei Haushalten mit einem Kind, lässt sich auch damit erklären, dass diese beinahe zur Hälfte

(46,9 Prozent) aus Rentner:innenhaushalten bestehen. Unter den Haushalten mit Kindern weisen die sonstigen Haushalte mit 8,5 Prozent den höchsten Anteil an Rentner:innenhaushalten auf, da diese auch Mehrgenerationenhaushalte und Haushalte mit älteren Kindern beinhalten.

Abbildung 2-2:
Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen pro Jahr je Haushaltstyp

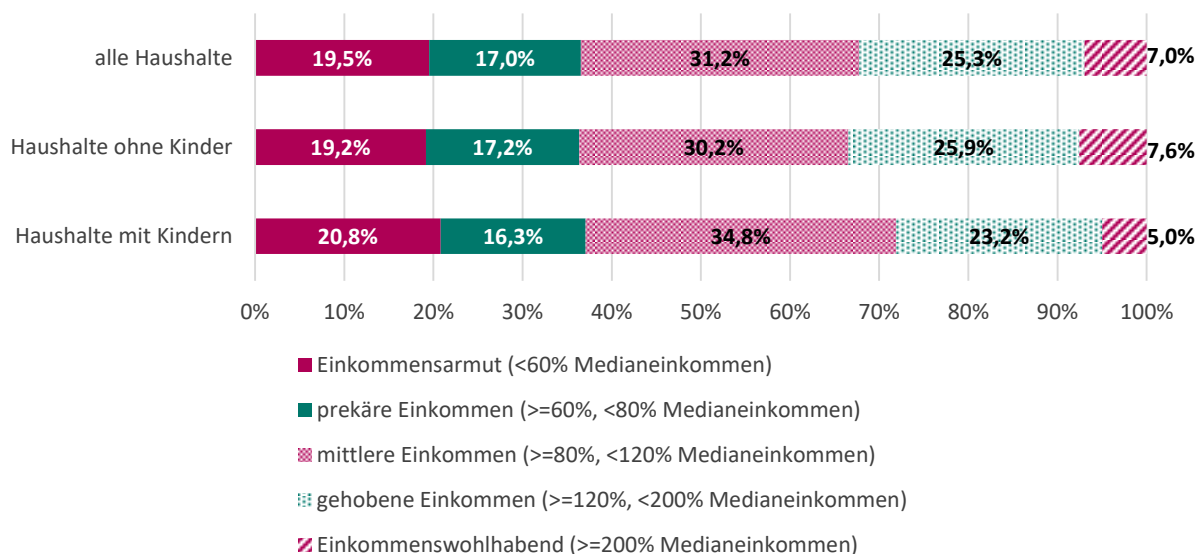


Anmerkungen: Das niedrige Äquivalenzeinkommen von Haushalten ohne Kinder im Vergleich zu Haushalten mit einem Kind lässt sich u. a. mit dem hohen Anteil (46,9 Prozent) an Rentner:innenhaushalten erklären.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.253.

Anhand dieser Zahlen lässt sich eine erste, klare Tendenz ausmachen: Alleinerziehendenhaushalte sowie Haushalte mit drei oder mehr Kindern weisen ein signifikant niedrigeres Einkommensniveau als alle anderen Haushaltstypen auf. Um zusätzlich Aussagen auf Basis des gängigeren relativen Armutsbegriffs treffen zu können, werden die oben vorgestellten fünf Einkommenskategorien nach Grohsamberg et al. (2019) zur weiteren Analyse herangezogen.

In Abbildung 2-3 wird zunächst die Verteilung der Einkommensklassen für alle deutschen Haushalte und für Haushalte ohne und mit Kindern dargestellt. Die Verteilungen ähneln sich insbesondere in den unteren Einkommensklassen Einkommensarmut und prekäre Einkommen. Deutschlandweit leben 19,5 Prozent aller Haushalte in Einkommensarmut. Haushalte ohne Kinder sind mit 19,2 Prozent etwas seltener von Armut betroffen. Mit 20,8 Prozent befinden sich Haushalte mit Kindern etwas häufiger in der untersten Einkommensklasse. Leichte Unterschiede ergeben sich auch am oberen Ende der Einkommensverteilung. Haushalte mit Kindern sind weniger in den Kategorien des gehobenen Einkommens als auch der Einkommenswohlhabenheit vertreten.

Abbildung 2-3:
Einkommensverteilung aller Haushalte und für Haushalte ohne und mit Kindern, 2019


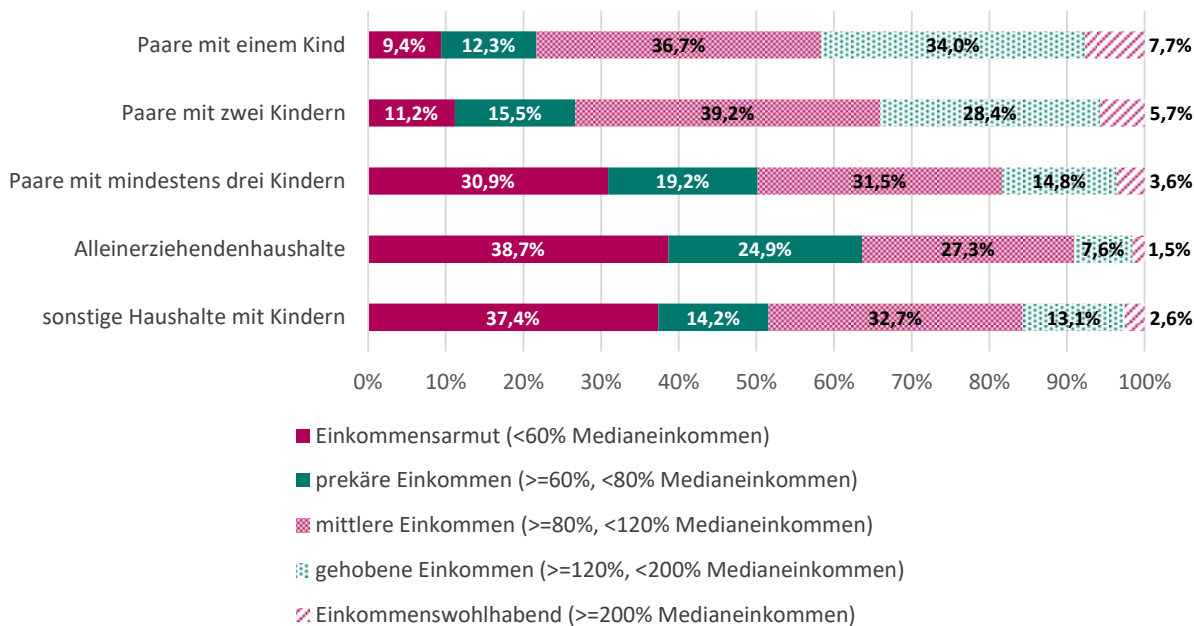
Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.253.

Die Einkommensverteilung der Haushalte mit Kindern wird in Abbildung 2-4 nach Haushaltstypen differenziert. Für die verschiedenen Haushaltstypen lassen sich erhebliche Abweichungen vom Bevölkerungsdurchschnitt feststellen. Der Haushaltstyp mit dem größten Anteil in Einkommensarmut lebender Menschen sind Alleinerziehendenhaushalte. Hier leben fast vier von zehn Haushalte (38,7 Prozent) in Einkommensarmut – ein um 19,2 Prozentpunkte höherer Anteil als in der Gesamtbevölkerung. Für Paare mit Kindern kann ein Anstieg der Einkommensarmut mit zunehmender Kinderzahl ausgemacht werden. Insbesondere in Haushalten mit mindestens drei Kindern ist Einkommensarmut stark ausgeprägt: 30,9 Prozent dieser Haushalte lebt in Einkommensarmut. Dies steht in starkem Kontrast zu Haushalten mit einem oder zwei Kindern, von denen 9,4 bzw. 11,2 Prozent von Einkommensarmut betroffen sind.

Der Anteil der in Armut lebenden Haushalte steigt mit wachsender Kinderzahl nicht nur, weil das Einkommen durch mehr Köpfe geteilt werden muss. Mehr Kinder bedeuten auch mehr Care-Arbeit, was die Möglichkeiten für die erwachsenen Personen, zusätzliches Einkommen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen, einschränkt. Besonders deutlich wird dies am hohen Anteil armer Haushalte unter den Alleinerziehenden. Hier gibt es meist nur eine Person, die gleichzeitig für das Haushaltseinkommen und die Care-Arbeit verantwortlich ist (Anger, et al., 2012). Hinzu kommt, dass Alleinerziehende typischerweise Frauen sind, die auf dem Arbeitsmarkt im Durchschnitt geringere Löhne als Männer erhalten

(Statistisches Bundesamt, 2021; Schrenker & Wrohlich, 2022). Im Jahr 2019 lag der Anteil der Frauen als Haushaltsvorstand in Alleinerziehendenhaushalten bei 85,3 Prozent.

Abbildung 2-4:
Einkommensverteilung je Haushaltstyp, 2019



Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 7.212.

Sonstige Haushalte mit Kindern weisen mit 37,4 Prozent ebenfalls einen sehr hohen Anteil der Haushalte in Einkommensarmut auf. Dies liegt einerseits am relativ hohen Anteil an Rentner:innenhaushalten im Vergleich zu den restlichen Haushalten mit Kindern. Andererseits gehören den sonstigen Haushalten mit Kindern auch viele junge Haushalte an, deren Mitglieder sich in Ausbildung befinden und noch über kein hohes Einkommen verfügen.

Zusammenfassend zeigen die deskriptiven Statistiken zum durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen und die relativen Armutsstatistiken je Haushaltstyp, dass Alleinerziehendenhaushalte und Haushalte mit mindestens drei Kindern überproportional häufig in Einkommensarmut leben. Dieser Befund steht in Einklang mit früheren Untersuchungen (siehe z.B. Bundeszentrale für politische Bildung (2020)).

3. Folgekosten von Kinderarmut

Im Fokus der öffentlichen Diskussion zu armutsbekämpfenden Maßnahmen stehen typischerweise die Kosten von Armut, die in Form von Transferleistungen von anspruchsberechtigten Haushalten aufgrund ihrer Armutssituation abgerufen werden. Diese Kosten lassen sich in Haushaltsdebatten relativ gut abgrenzen und eignen sich daher gut als Argumente in Debatten über zusätzliche Maßnahmen zur (Kinder-)Armutsbekämpfung.

Über diese gesellschaftlichen Kosten hinaus sind mit (Kinder-)Armut eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Folgekosten verbunden. Armut wirkt sich auf verschiedene Bereiche des Lebens von Kindern und Jugendlichen aus und bringt negative Konsequenzen für ihr gesamtes Leben und damit für die deutsche Gesellschaft mit sich. Sie steigert die Wahrscheinlichkeit, dass betroffene Kinder in vielen Dimensionen ihres Lebens – materiell, sozial, kulturell oder gesundheitlich – Beeinträchtigungen aufweisen, also eine sogenannte „multiple Deprivation“ erleben (Volf, Sthamer, Laubstein, Holz, & Bernard, 2019). Laubstein et al. (2012) schreiben dazu: „Je länger ein junger Mensch mit Armut aufwächst, desto geringer ist die Chance für ein Wohlergehen und desto größer sind die Risiken der multiplen Deprivation“ (Laubstein, Holz, Dittmann, & Sthamer, 2012).

Mittelbar entstehen so Kosten für die Gesellschaft, die typischerweise nicht in die politische Debatte über Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut einfließen. Für eine umfängliche Bewertung von Reformvorschlägen zur Bekämpfung von Kinderarmut müssten den Kosten von Transferleistungen im Rahmen der Reformen die Folgekosten gegenübergestellt werden.

So müsste beispielsweise berücksichtigt werden, dass Kinder aufgrund ihrer heutigen Armut zukünftig schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, was für die Gesellschaft weniger Steuern und Sozialbeiträge bedeutet. Zudem ist von einem schlechteren Gesundheitsniveau von Kindern in Armut auszugehen – Mangelernährung, mangelnde Sport- und Freizeitangebote oder Feinstaubbelastung in schlechten Wohnlagen tragen hierzu ebenso bei wie psychischer Druck. Dies steigert langfristig die Kosten für die Gesundheitsversorgung. Auch ist ein vergleichsweise früher Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt als Folge von schlechter Gesundheit wahrscheinlicher. Ebenso ist von erhöhten Bürokratiekosten für die Bearbeitung von zukünftigen Sozialleistungsanträgen auszugehen. Weiterhin entstehen dem Staat Kosten für Ersatzfreiheitsstrafen, wenn beispielsweise Strafen für Schwarzfahren nicht beglichen werden können. Der Zusammenhang von Armut und einer höheren Kriminalitätsquote sowie einer höheren Suchtquote steigert ebenfalls Kosten für Haft- und Therapieeinrichtungen. Neben diesen Wirkungskanälen existiert eine Vielzahl weiterer direkter und indirekter Mechanismen, durch die Kinderarmut mittel- bis langfristig gesellschaftliche Folgekosten verursacht.

Dabei spielt die Persistenz von Armut über Generationen hinweg eine zentrale Rolle. Deutschland ist das Land mit der niedrigsten sozialen Mobilität aller westeuropäischen Länder. Das Einkommen von Kindern korreliert stark mit dem Einkommen der Eltern. So haben 42 Prozent der Kinder aus deutschen Haushalten mit niedrigem Einkommen später im Leben selbst ein niedriges Einkommen (verglichen mit 30 Prozent im OECD-Durchschnitt), während nur 9 Prozent armer Kinder ein hohes Einkommen erreichen (gegenüber 18 Prozent im OECD-Durchschnitt). Im Durchschnitt dauert es sechs Generationen, bis in Deutschland die Nachfahren einer einkommensschwachen Familie das Medianeinkommen erreichen (OECD, 2018). Für zwei Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist Armut ein Dauerzustand – sie leben fünf oder mehr Jahre bzw. wiederkehrend in Armut (Tophoven, Lietzmann, Reiter, & Wenzig, 2017).

Eine Studie der OECD versucht, die gesellschaftlichen Gesamtkosten vergangener und derzeitiger Kinderarmut für das Jahr 2019 aus einer Makroperspektive statistisch zu schätzen. Deutschland bewegt sich im europäischen Vergleich im Mittelfeld der relativen Belastung durch Kinderarmut, die 2019 in etwa dem EU27-Mittelwert von 3,4 Prozent des BIP entsprach (Clarke, Bonnet, Flores, & Thévenon, 2022). Im Jahr 2019 entsprach das in etwa zwischen 110 und 120 Milliarden Euro.

Gleichzeitig ist diese Studie nicht in der Lage, die Folgekosten in ihrer Gänze zu quantifizieren. Die genauen Wirkungskanäle von Kinderarmut werden dort nicht in Betracht gezogen. Außerdem wären Folgekosten als kumulatives Ergebnis vergangener Kinderarmut zu interpretieren. Dennoch zeigt die Studie, dass Kinderarmut Folgekosten in einer nicht zu vernachlässigenden Höhe für Industriegesellschaften verursacht.

Grundsätzlich können die Folgekosten von Kinderarmut nicht umfassend und belastbar dargestellt werden und bedürften umfangreicher Forschung. Das liegt daran, dass Folgekosten:

- nicht zwingend zeitgleich zur Kindheit in Armut auftreten müssen, sondern erst mit Verzögerung anfallen können, wie Folgekosten im Bereich Gesundheit.
- nicht zwingend in einem direkten kausalen Zusammenhang mit Kinderarmut auftreten müssen, sondern der Bezug der Kosten zur Kinderarmut nur über eine Kette kausaler Zusammenhänge über den Lebenslauf besteht, wie Folgekosten im Bildungsbereich.

- nicht zwingend in Form einer monetär greifbaren Größe zum Ausdruck kommen, wie Folgekosten in Bezug auf das psychische Wohlbefinden und die soziale Teilhabe.⁵

Zwar bestünde die Möglichkeit, eine monetär quantifizierbare Größe in einer komplexen Mikrosimulation mit zahlreichen diskutablen Annahmen zu schätzen. Ein solches Vorgehen würde jedoch um ein Vielfaches über den Rahmen der vorliegenden Kurzexpertise hinausgehen. Deshalb wird in den nachfolgenden Abschnitten exemplarisch für die Folgekostenbereiche Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe gezeigt, über welche Wirkungskanäle mit jedem heute nicht in der Kinderarmutsbekämpfung ausgegebenem Euro zusätzliche Folgekosten ausgelöst werden.

3.1 Folgekostenbereich Gesundheit

Das sozioökonomische Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, hat einen signifikanten Einfluss auf ihren Gesundheitszustand. Leben Haushalte in Armut, so hat dies einen direkten Einfluss auf die Gesundheit der Haushalte und der darin lebenden Kinder. Oft kommt es zu einer Kumulation von Gesundheitsrisiken. Kinder aus armen Haushalten treiben beispielsweise weniger Sport, nehmen unregelmäßiger vollwertige Mahlzeiten ein oder unterziehen sich seltener Vorsorgeuntersuchungen (Volf, Sthamer, Laubstein, Holz, & Bernard, 2019).⁶ So können Eltern aus den einkommensschwächsten Haushalten etwa zehnmal weniger Geld für Medikamente, Arztkosten und therapeutische Angebote ausgeben als Eltern aus den einkommensstärksten Verhältnissen (iwd, 2022). Armut wirkt sich auch auf die Ernährungsweise der betroffenen Kinder aus. Wie aus mehreren Studien hervorgeht, haben Kinder und Jugendliche, die regelmäßig frühstücken, einen gesünderen Lebensstil (Hallström, et al., 2011; Zakrzewski, et al., 2015). Kinder aus den unteren sozialen Lagen nehmen jedoch seltener ein tägliches Frühstück an Schultagen zu sich und essen seltener Obst, Früchte, Gemüse oder Salat (HBSC-Studienverband Deutschland, 2020).

Im Ergebnis sind Kinder und Jugendliche aus prekären sozialen Milieus eher übergewichtig und von Adipositas betroffen als Kinder aus gehobenen Milieus (HBSC-Studienverband Deutschland, 2020).

⁵ Der Begriff Wohlbefinden orientiert sich an der Gesundheitsdefinition von der Weltgesundheitsorganisation. Dort wird Gesundheit als „Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“ beschrieben (WHO, 1946).

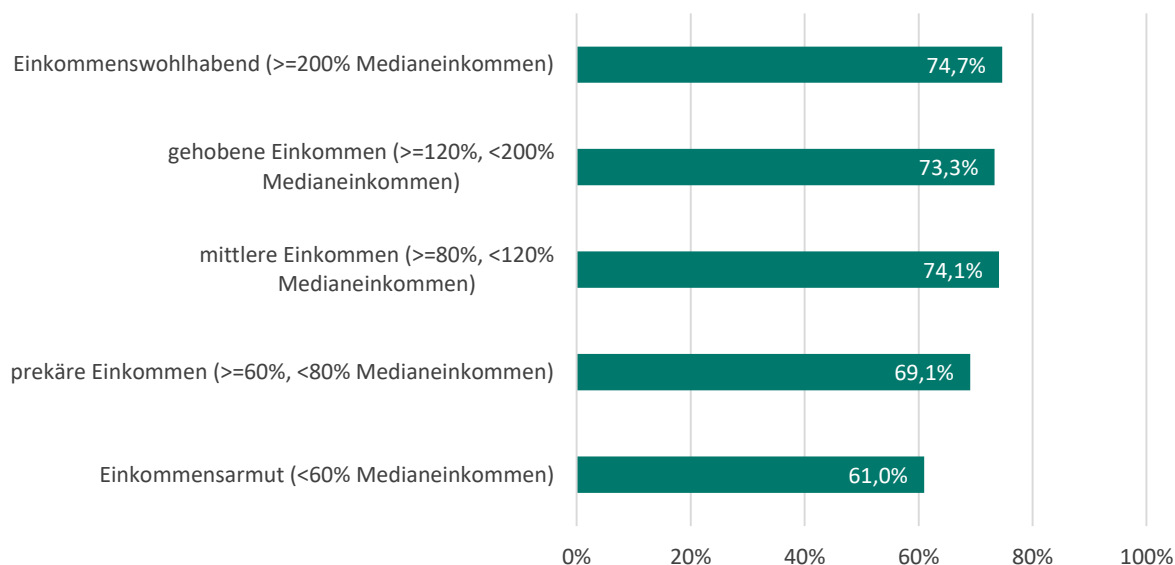
⁶ Eine vollwertige Mahlzeit liefert nach Definition der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ausreichend, aber nicht übermäßig viele Kalorien und enthält alle lebensnotwendigen Nährstoffe (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., 2023).

Auch Krankheiten wie Diabetes oder Bluthochdruck treten häufiger in armutsgefährdeten Haushalten auf als im Bevölkerungsdurchschnitt (Agardh, Allebeck, Hallqvist, Moradi, & Sidorchuk, 2011).

Ebenso sind psychische Belastungen in armutsgefährdeten Haushalten vergleichsweise ausgeprägt. Mehrere Studien zeigen, dass das Aufwachsen in Armut meist mit subjektiven Belastungen verbunden ist, die sich negativ auf das Wohlbefinden auswirken. So zeigen Walper und Riedel (2011) sowie Walper (2015), dass sich Armut negativ auf das Klima in der Familie auswirkt und dadurch vermehrt zu familiären Konflikten führt. Dies kann negative Folgen für die psychische Entwicklung und Gesundheit der Kinder haben. Weiterhin führen die prekären Lebensbedingungen teilweise zu elterlichen Schuldgefühlen, die den Familienalltag belasten. Laut Aussagen ihrer Eltern sind viele Kinder emotional betroffen, weil sie die finanziellen Nöte ihrer Familie wahrnehmen (Andresen & Galic, 2015). Hinzu kommen Schuld- und Schamgefühle, wenn die soziale Teilhabe mangels finanzieller Kapazitäten nur eingeschränkt möglich ist (siehe hierzu Abschnitt 3.3 im Detail). Es kommt vor, dass sich die armutsbetroffenen Kinder krankmelden oder Ausreden erfinden, wenn sie aufgrund ihrer finanziellen Lage nichts mit Freunden machen können. Oft werden anschließend die bestehenden Schuldgefühle dadurch noch verstärkt (Bertelsmann Stiftung, 2020).

Wie oben beschrieben, lässt sich das Ausmaß der Folgekosten nicht vollumfänglich quantifizieren. Es gibt in der Literatur aber Schätzungen für Teilaspekte der mit Armut in Verbindung stehenden direkten und indirekten Gesundheitskosten. Beispielsweise schätzen Effertz et al. (2016) die mit Adipositas und ihrer Begleiterkrankungen, wie Bluthochdruck und Diabetes, verbundenen unmittelbaren Kosten (u.a. Ausgaben für Pflege, Krankengeld und Eingriffe) auf jährlich etwa 29,36 Milliarden Euro. Die indirekten Folgekosten, beispielsweise durch vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt, schätzen sie auf zusätzliche 33,65 Milliarden Euro jährlich.

Auch die Zahlen des SOEP zeigen, dass der Gesundheitsstatus von Haushalten mit Kindern durch die Einkommenssituation der Haushalte erklärt werden kann (Abbildung 3-1). Zur Beurteilung der Gesundheit wird der Anteil der volljährigen Haushaltsmitglieder an allen volljährigen Haushaltsmitgliedern genutzt, die ihren gesundheitlichen Zustand auf einer fünfstufigen Skala als mindestens „gut“ empfinden. Demnach ist der Gesundheitszustand unter Menschen in Einkommensarmut schlechter, je niedriger die Einkommensgruppe ist.

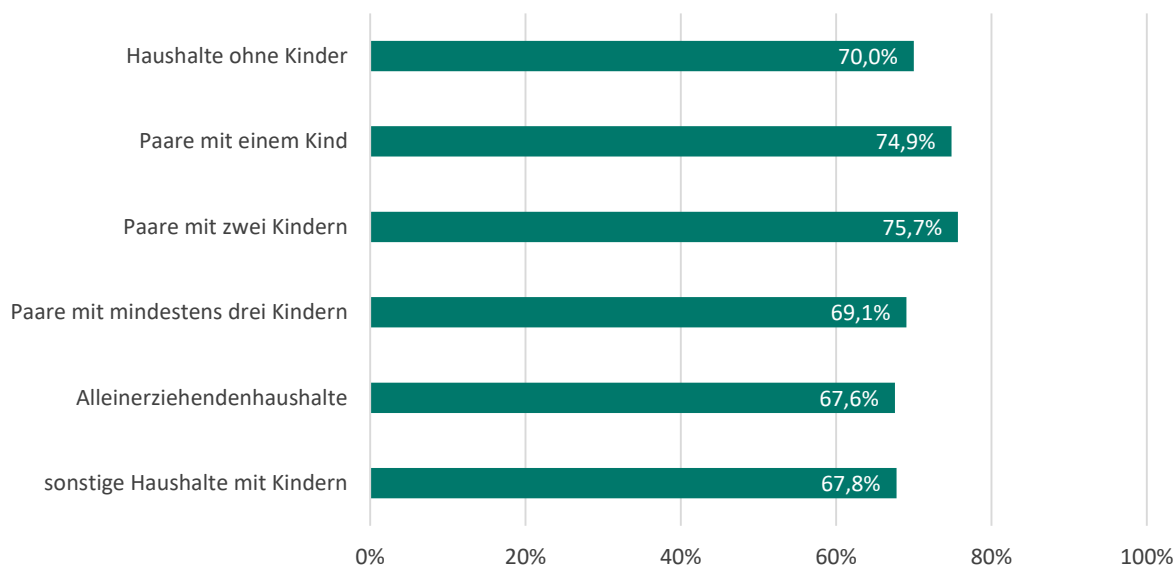
Abbildung 3-1:
Anteil an Personen mit mindestens gutem Gesundheitsstatus, je Einkommensgruppe, 2019


Anmerkung: Ein guter Gesundheitszustand beschreibt Personen, die auf die Frage „Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“ die Antwortmöglichkeiten 4 (gut) und 5 (sehr gut) auf einer Skala von 1 (Schlecht) bis 5 (sehr gut) angeben. Alle volljährigen Personen eines Haushalts gehen in die Berechnung der Anteile ein.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.242.

Werden die Haushalte nach ihrem Haushaltstyp anstatt ihrer Einkommensgruppe betrachtet, bestätigt sich dieses Bild (Abbildung 3-2). Personen in Haushaltstypen, die stärker von Armut betroffen sind, berichten seltener einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand als Personen in Haushalten, die weniger häufig unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze leben. Alleinerziehendenhaushalte, sonstige Haushalten und Paare mit mindestens drei Kindern weisen den geringsten durchschnittlichen Anteil an Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit auf. Rund drei Viertel der Personen in Haushalten mit einem oder zwei Kindern haben hingegen einen mindestens guten Gesundheitszustand.

Auch wenn in diesem empirischen Einblick nur der Gesundheitszustand der Erwachsenen der Haushalte im Querschnitt berücksichtigt werden kann, führt er das Ausmaß des Problems der gesundheitlichen Folgekosten vor Augen. Aufgrund der rigiden sozialen Mobilität in der deutschen Gesellschaft, ist für Kinder aus armen Haushalten die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie auch im Erwachsenenalter in Armut leben und in Zukunft gesundheitliche gesellschaftliche Folgekosten aufgrund ihrer zukünftigen Armut verursachen werden.

Abbildung 3-2:
Anteil an Personen mit mindestens gutem Gesundheitsstatus, je Haushaltstyp, 2019


Anmerkung: Ein guter Gesundheitszustand haben Personen, die auf die Frage „Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“ die Antwortmöglichkeiten 4 (gut) und 5 (sehr gut) auf einer Skala von 1 (Schlecht) bis 5 (sehr gut) angeben. Alle volljährigen Personen eines Haushalts gehen in die Berechnung der Anteile ein.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, Gewichtung mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.242.

3.2 Folgekostenbereich Bildung

Gesellschaftliche Kosten von Kinderarmut im Bildungsbereich sind in erster Linie sogenannte Opportunitätskosten. Sie umfassen die niedrigere Entlohnung oder die niedrigere Produktivität, die durch die von Armut verursachte ausbleibende Bildung in Zukunft entstehen.

Generell lässt sich festhalten, dass Kinder aus armen Haushalten instabilere Bildungs- und Berufswege aufweisen (Laubstein, Holz, & Seddig, 2016; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2022). Die negativen Einflussfaktoren von Kinderarmut auf Bildung sind dabei vielschichtig und sind in Bereichen der nicht-formellen und formellen Bildung sichtbar. Bei der Teilnahme an nicht-formellen Bildungsangeboten lassen sich diese Unterschiede schon in jungen Jahren nachweisen. So kann für Kinder unter zwei Jahren ein Zusammenhang des Familieneinkommens und der der Nutzung von frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten (zum Beispiel Krabbelgruppe oder Kita-Betreuung) festgestellt werden (BMFSFJ, 2010; Jessen, Schmitz, Spieß, & Waights, 2018). Dieser Trend schreibt sich im weiteren Lebensverlauf fort: Im Jugendalter nehmen Kinder aus armen Haushalten deutlich seltener an außerunterrichtlichen Angeboten, wie Musikgruppen oder Schülerzeitungen, teil (Engels & Thielebein,

2011). Anmeldekosten, Beiträge, komplizierte Anmeldemodalitäten und fehlende Informationen sorgen insbesondere bei Haushalten mit geringem Einkommen und mit Migrationshintergrund dafür, dass das Betreuungsangebot nicht genutzt wird (Jessen, Schmitz, Spieß, & Waights, 2018; Schober & Spieß, 2012).

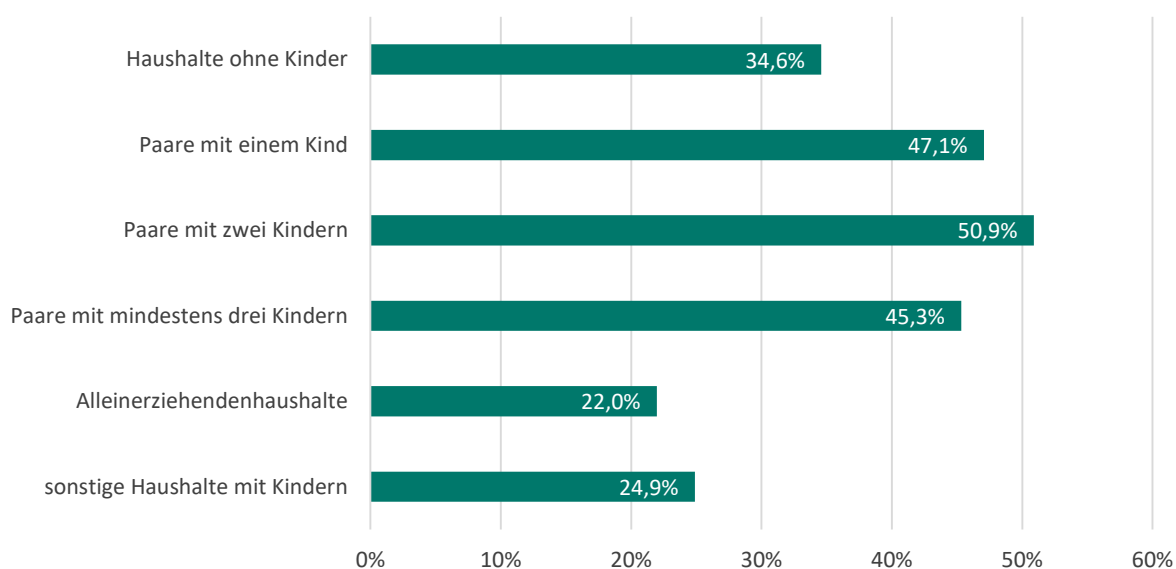
Bei der formellen Bildung drückt sich Kinderarmut u.a. in den Bildungsübergangswahrscheinlichkeiten aus, welche eine bedeutende Rolle im Bildungsverlauf von jungen Menschen in Deutschland einnehmen und daher oft als Indikator für Bildungschancen genutzt werden (Laubstein, Holz, & Seddig, 2016). Eine Vielzahl von Studien zeigt, dass Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen in entscheidenden Bildungsübergängen benachteiligt sind (Hillmert, 2014; Scharf, Becker, Stallasch, Neumann, & Maaz, 2020). Becker und Lauterbach (2013) zeigen mit Hilfe des SOEP, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen Armut und elterlichen Bildungsentscheidungen besteht. Demnach haben Kinder, die unter Armutsbedingungen aufwachsen, eine niedrigere Wahrscheinlichkeit, auf das Gymnasium oder die Realschule zu wechseln.

Auch die AWO-ISS-Langzeitstudie zeigt, dass deutliche Risiken in der Schulkarriere armutsbetroffener Jugendlicher bestehen: Bei gleich gutem Bildungsniveau der Mutter (mindestens Realschulabschluss) sind die Chancen nicht-armer Kinder, ein Gymnasium zu besuchen, mehr als viermal so hoch wie die Chancen armutsbetroffener Kinder. Diese Ungleichheit setzt sich im weiteren Bildungsverlauf fort. Lediglich ein Drittel der armutsbetroffenen Kinder hat im Alter von 16 oder 17 Jahren erfolgreich den Übergang in die Sekundarstufe II oder in eine Ausbildung vollzogen – verglichen mit 58 Prozent unter Kindern aus nicht-armen Haushalten (Laubstein, Holz, Dittmann, & Sthamer, 2012).

Dabei entsteht diese Benachteiligung durch verschiedene Wirkungskanäle – z.B. durch institutionelle Selektionsmechanismen oder auch durch familiäre Bildungsentscheidungen (Faust & Roßbach, 2014; Fend, 2014). Beispiele sind etwa der weniger regelhaft verlaufende Schulstart armer Kinder, ihre niedrigere Versetzungsquote, eine schlechtere durchschnittliche Benotung oder seltenere Gymnasialempfehlungen. Auch haben Kinder aus Haushalten mit SGB II-Bezug deutlich seltener Zugang zu Ressourcen, die schulischen Erfolg erleichtern. So haben ca. 13 Prozent der Kinder in Haushalten mit SGB II-Bezug keinen geeigneten Lernort zu Hause – verglichen mit 0,7 Prozent in Familien mit gesichertem Einkommen (Lietzmann & Wenzig, 2020). Knapp einem Viertel der Kinder in Haushalten im SGB II-Bezug fehlt ein Computer mit Internetanschluss. Darüber hinaus können junge Erwachsene während ihrer Ausbildung oder ihrem Studium seltener auf finanzielle Unterstützung aus dem Elternhaus zurückgreifen, wenn ihre Eltern selbst von Armut betroffen sind (Middendorff, et al., 2017).

Auch in den aktuellen Zahlen des SOEP zeigen sich deutliche Bildungsunterschiede gemessen am Akademiker:innenhaushalt (vgl. Abbildung 3-3). Als Akademiker:innenhaushalt werden dabei Haushalte definiert, in denen mindestens eine Person einen Hochschulabschluss besitzt. So findet sich der geringste Anteil an Akademiker:innenhaushalten unter Alleinerziehendenhaushalten und den sonstigen Haushalten mit Kindern mit 22,0 bzw. 24,9 Prozent. Paare mit zwei Kindern weisen mit rund 51 Prozent den höchsten Anteil an Akademiker:innenhaushalten auf.

Abbildung 3-3:
Anteil an Akademiker:innenhaushalten, je Haushaltstyp, 2019

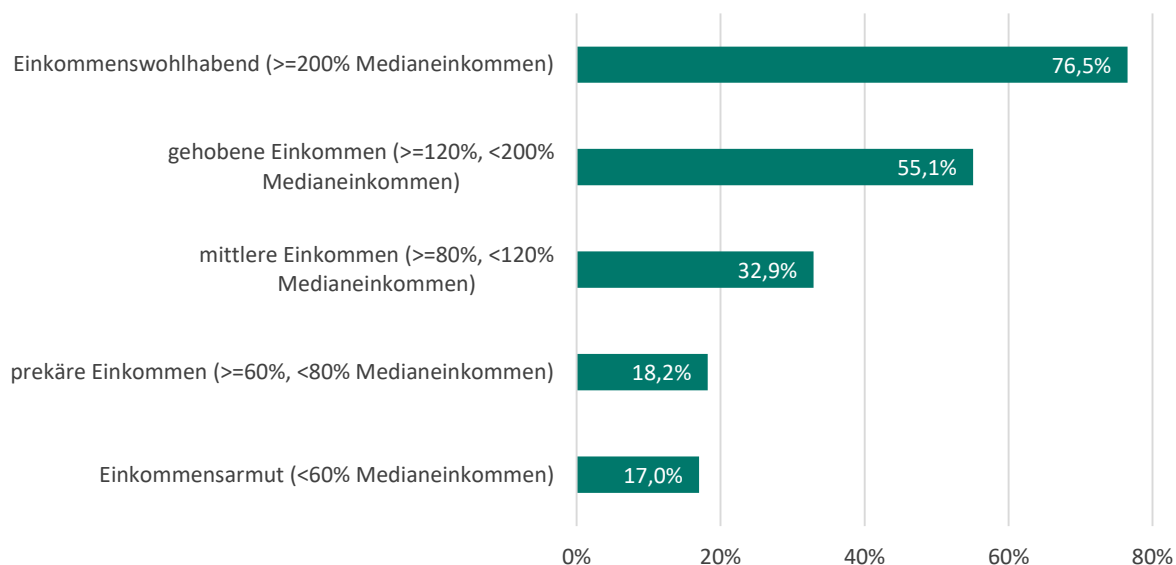


Anmerkung: Alle volljährigen Personen eines Haushalts gehen in die Berechnung der Anteile ein.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, Gewichtung mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.253.

Wie in Bezug auf den Folgekostenbereich Gesundheit bestehen auch in Bezug auf die Bildung deutliche Unterschiede entlang der Einkommensgruppen, wobei ein höheres Einkommen typischerweise mit einem höheren Bildungsniveau einhergeht. Über alle Haushaltstypen hinweg zeigt sich ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau bei Haushalten in Einkommensarmut und in prekären Einkommensverhältnissen.

Auch an dieser Stelle wird die geringe soziale Mobilität in Deutschland wieder deutlich. Die langfristigen Folgekosten sind wiederum eng mit der niedrigen sozialen Mobilität verknüpft. Bildung ist ein zentraler Schlüssel zum sozialen und somit auch wirtschaftlichen Aufstieg. Die indirekten langfristigen Folgen verstärken daher nicht nur die direkten Kosten zukünftiger Armut in Form von Transferleistungen, sondern können auch die Wahrscheinlichkeit für zukünftige Folgekosten in weiteren Bereichen erhöhen.

Abbildung 3-4:
Anteil an Akademiker:innenhaushalten, je Einkommensgruppe, 2019


Anmerkung: Alle volljährigen Personen eines Haushalts gehen in die Berechnung der Anteile ein.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, Gewichtung mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 18.253.

Allmendinger et al. (2011) schätzen beispielsweise, dass alle Personen eines Jahrgangs ohne Ausbildungsabschluss über eine 35-jährige Erwerbsbiografie Kosten von 1,5 Milliarden Euro verursachen. Sie entstehen in Form von entgangenen Lohnsteuern und Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung sowie den Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialleistungen. Ferner schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die direkten und indirekten Kosten von Arbeitslosigkeit im Jahr 2021 insgesamt auf 67,9 Milliarden Euro (Hausner, Weber, & Yilmaz, 2022). Diese Folgekosten lassen sich selbstverständlich nicht in erster Linie auf Kinderarmut zurückführen. Zugleich gibt es in jeder Volkswirtschaft ein Grundmaß an Arbeitslosigkeit, dass z.B. in Folge von Stellenwechsel und Arbeitssuche entsteht. Bei einer Arbeitslosenquote von 2 Prozent wird deshalb von Vollbeschäftigung gesprochen. Tatsächlich liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland jedoch darüber. Maßnahmen zur Reduktion von Kinderarmut, wie in der theoretischen Betrachtung gezeigt, könnten die Kosten der Arbeitslosigkeit teilweise senken.

3.3 Folgekostenbereich soziale Teilhabe

Auch im Bereich der sozialen Teilhabe lassen sich die Folgen von Kinderarmut erkennen. Um die Wirkungskanäle der non-pekuniären Folgekosten in diesem Bereich darzustellen, wird an dieser Stelle auf das soziologische Konzept des sozialen Kapitals zurückgegriffen.⁷ Dieses macht das Ausmaß der sozialen Teilhabe greifbar und berücksichtigt die Dimensionen Vertrauen, Gegenseitigkeit und Gemeinschaftsleben. Erfolgreiche soziale Interaktionen erhöhen das soziale Kapital eines Menschen bzw. einer Gemeinschaft und somit die Bereitschaft, in Zukunft zu kooperieren (Putnam, 2000).

Die Studienlage zur sozialen Dimension von Kinderarmut ist nicht eindeutig und es kann auch nicht von einer pauschalen sozialen Benachteiligung von ärmeren Kindern gesprochen werden. Vielmehr muss der Einfluss des sozialen Kapitals im Zusammenspiel von Armut und weiteren Risiko- und Schutzfaktoren verstanden werden. So führen Laubstein et al. (2016) an, dass doppelt so viele arme Sechsjährige im Vergleich zu ihren nicht-armen Altersgenossen Auffälligkeiten im sozialen und emotionalen Verhalten aufweisen. Neben Armut spielen weitere Faktoren wie gemeinsame Familienaktivitäten, Sprachkenntnisse der Eltern, Wohnverhältnisse oder die Anzahl an Geschwistern eine Rolle in der Entwicklung des Sozialverhaltens der Kinder. Diese Faktoren sind naturgemäß auch bei Kindern aus einkommensstärkeren Haushalten relevant; allerdings ist der Einfluss hier weniger stark und die Risikofaktoren seltener vorhanden.

Armut schränkt Kinder in einer Reihe von Freizeitaktivitäten zum Aufbau sozialen Kapitals ein. Die einkommensstärksten Familien können viermal so viel Geld für die Freizeitgestaltung ausgeben wie die einkommenschwächsten (iwd, 2022). Als Folge können ärmere Kinder seltener mit Freund:innen etwas unternehmen oder seltener Freund:innen nach Hause einladen (Andresen & Möller, 2019). Oft fehlt es ärmeren Familien an Platz und damit an der Möglichkeit, sich mit Freund:innen zum Spielen oder Reden zu Hause an einen ruhigen Ort zurückzuziehen (Lietzmann & Wenzig, 2020). Darüber hinaus sind Kinder aus armen Haushalten seltener Mitglied in einem Verein und können Hobbies nicht ausüben, weil das Geld für den Vereinsbeitrag oder für beispielsweise Instrumente, Sportgeräte und -kleidung fehlt (Tophoven, Lietzmann, Reiter, & Wenzig, 2017; Tophoven, Lietzmann, Reiter, Wenzig, & Claudia, 2018; Laubstein, Holz, & Seddig, 2016). Des Weiteren erleben Kinder aus armen Haushalten häufiger Gewalt, werden häufiger ausgegrenzt und wachsen in einem anregungsärmeren familiären

⁷ Der Begriff des „sozialen Kapitals“ geht auf den Soziologen Pierre Bourdieu (1983) zurück. Demnach beschreibt das soziale Kapital jene Ressourcen, die in sozialen Beziehungen und Netzwerken eingebettet sind und die Vorteile, die Menschen durch ihre Teilnahme an sozialen Gruppen, Gemeinschaften oder Netzwerken erhalten.

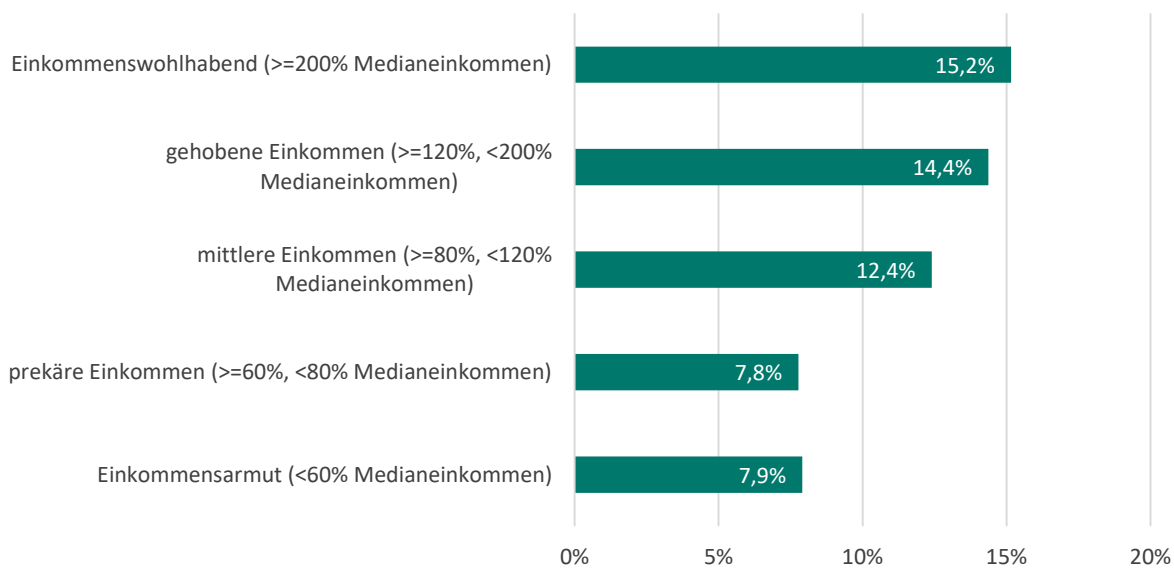
und sozialen Umfeld auf als Kinder aus reicheren Haushalten (El-Mafaalani, 2021; Andresen & Galic, 2015).

Soziales Kapital kann längerfristig gesellschaftliche Kosten reduzieren, da statt des Staates die aufgebauten sozialen Netzwerke Unterstützungen und Problemlösungen bereitstellen. So kann sich schwach ausgeprägtes soziales Kapital negativ auf Karrierechancen und Zugang zu attraktiveren Arbeitsmarktchancen auswirken. Ein ausgeprägteres Netzwerk kann Menschen auch informellen Zugang zu Arbeitsmarktchancen ermöglichen. Diese unausgeschöpften Potentiale sind wiederum Ausdruck gesellschaftlicher Folgekosten. Trotz der bereits beschriebenen Quantifizierungsprobleme konnten beispielsweise Shen und Bian (2018) und Boxman et al. (1991) zeigen, dass aktive soziale Netzwerke die Chancen für eine Anstellung und das damit einhergehende Einkommen erhöhen, insbesondere in hohen Einkommensgruppen. Andersson (2021) zeigte darüber hinaus, dass soziale Netzwerke auch insbesondere für Berufseinsteiger:innen die Chancen einer Einstellung erhöhen und somit gesellschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit reduzieren.

Dass niedrigeres soziales Kapital auch mit Einkommensarmut korreliert, wird auch bei der Analyse von Daten des SOEP deutlich. Für die in Abbildung 3-5 dargestellten empirischen Auswertungen wurde soziales Kapital als Kontakt zu Freunden und Bekannten definiert. Generell zeigt sich auch hier ein Gefälle entlang der Einkommensgruppen. Je geringer das bedarfsgewichtete Einkommen eines Haushalts ausfällt, desto geringer ist auch der Anteil volljähriger Personen, die wöchentlich Kontakt zu Freunden und Bekannten haben. Unter einkommenswohlhabenden Haushalten liegt der Anteil mit 15,2 Prozent fast doppelt so hoch wie unter Haushalten, die unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze leben (7,9 Prozent).

Abbildung 3-5:

Anteil Erwachsener mit wöchentlichem Kontakt zu Freunden und Bekannten, je Einkommensgruppe, 2019



Anmerkung: Alle volljährigen Personen eines Haushalts gehen in die Berechnung der Anteile ein.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, Gewichtung mit Haushaltsgewichten. Anzahl der Beobachtungen: 16.226.

4. Wirkung gezielter politischer Maßnahmen

Die Idee einer Kindergrundsicherung wird bereits seit über 20 Jahren – mal mehr, mal weniger konkret – diskutiert und erscheint im Rahmen der in Abschnitt 3 beschriebenen gesellschaftlichen Folgekosten von Kinderarmut als fiskalisch sinnvolle Politikmaßnahme (Otto, 2002). Nachdem die Folgekosten von Kinderarmut in den vorangegangenen Abschnitten ausführlich analysiert und zusammengefasst wurden, wird nun die Wirkung der Erhöhung materieller Hilfsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Armut geschätzt. Angesichts der aktuellen Debatte um die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung werden verschiedene Szenarien der Kindergrundsicherung samt ihrer Einkommens- und Verteilungseffekte modelliert und untersucht.

Der empirische Ansatz ermöglicht es, einen praxisorientierten Blick auf die potentiellen Effekte der geplanten Kindergrundsicherung zu werfen. Hier soll insbesondere auf die zwei zentralen Elemente der geplanten Kindergrundsicherungsreform eingegangen werden. Wie ursprünglich im Eckpunktepapier zur Kindergrundsicherung der Bundesregierung beschrieben, soll mit der Einführung der Kindergrundsicherung sowohl eine Anpassung des Grundbedarfs für Kinder – somit wahrscheinlich eine monetäre Leistungserhöhung – als auch eine höhere Inanspruchnahme der staatlichen Kinderleistungen erreicht werden. Um Letzteres zu erreichen, sollen die bisherigen finanziellen Förderungen wie das Kindergeld, die Leistungen für Kinder und Jugendliche nach dem SGB II/XII und aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, das Asylbewerberleistungsgesetz sowie der Kinderzuschlag in einer einzigen, einfach zu beantragenden Leistung zusammengefasst werden (Bundesregierung, 2023).⁸ Durch die Entbürokratisierung sollen so Kinder in Armut gezielt und ohne Hürden unterstützt werden. Die Neudefinition des Grundbedarfs für Kinder würde sich voraussichtlich erhöhen, da er sich zukünftig mehr an den Bedarfen der Mitte der Gesellschaft orientiert (BMFSFJ, 2023).

Über die Höhe der Neudefinition des Grundbedarfs gibt es bereits Vorüberlegungen. So kommt die Diakonie Deutschland in Zusammenarbeit mit Becker und Held (2021) mit Hilfe eines Berechnungsverfahrens, in dem u. a. der Bedarf für physische Grundbedarfe wie Kleidung nicht die Ausgaben des mittleren Fünftel der Einkommensverteilung unterschritten werden darf, auf einen altersabhängigen Betrag von bis zu 72,52 Euro je Kind. Entgegen dem Eckpunktepapier sieht der aktuelle Haushaltsentwurf

⁸ Entgegen der ursprünglichen Planungen sollen nach neueren Verlautbarungen Asylbewerberleistungen nicht in die Kindergrundsicherung integriert werden (Stand: 27. Juli 2023).

aber nur Mittel für den Aspekt der Entbürokratisierung und keine Mittel für eine Ausweitung des Grundbedarfs vor (Bundesministerium der Finanzen, 2023).

Um die Auswirkungen unterschiedlicher Implementierungen einer Kindergrundsicherung einschätzen zu können, werden im Folgenden die Auswirkungen in drei unterschiedlichen Szenarien betrachtet:⁹ Diese Szenarien betrachten dabei separat jeweils einen der beiden zentralen Aspekte der geplanten Kindergrundsicherung.

- **Szenario 1 „Entbürokratisierung“:** In Szenario 1 wird die Auswirkung einer vollständigen Ausschöpfung des Kinderzuschlags durch alle anspruchsberechtigten Haushalte modelliert. Dies approximiert das Szenario, in dem die Entbürokratisierungsmaßnahmen, wie im Eckpunktepapier der Bundesregierung vorgesehen, wirken.
- **Szenario 2 „moderate Aufstockung des Grundbedarfs“:** In diesem Szenario wird jedem Kind in Haushalten in Einkommensarmut zusätzlich zu aktuellen Leistungen eine Transferleistung in Höhe von 50 Euro zugesprochen. Damit können Effekte monetärer Maßnahmen, wie der Anpassung des Grundbedarfs, abgeschätzt werden.
- **Szenario 3 „stärkere Aufstockung des Grundbedarfs“:** Szenario 3 gleicht in seinem Aufbau Szenario 2, bis auf den Fakt, dass eine Transferleistung in Höhe von 100 Euro je Kind gewährt wird.

Mit Hilfe dieser drei Szenarien lassen sich die Effekte der im Rahmen der Kindergrundsicherung diskutierten Maßnahmen abschätzen. Szenario 1 approximiert die Effekte, die bei einer rein auf Bürokratieabbau zielenden Reform erwartet werden können. Szenario 2 und 3 spannen einen Möglichkeitsraum für Effekte einer Aufstockung des Grundbedarfs für betroffene Kinder ohne Einbezug der Entbürokratisierung auf. Zur Gesamtbeurteilung der Kindergrundsicherung in ihrer aktuellen Planung, d. h. die Kombination der Entbürokratisierung und der Aufstockung des Grundbedarfs, muss Szenario 1 zusammen mit Szenario 2 oder mit Szenario 3 betrachtet werden.

In Summe würden sich die direkten staatlichen Mehrausgaben auf dem Niveau von 2019 jährlich auf ca. 630 Millionen (Szenario 1), 2.130 Millionen (Szenario 2) bzw. 4.260 Millionen Euro (Szenario 3) belaufen.¹⁰ Damit entsprechen sie im dritten Szenario 1,2 Prozent des Bundeshaushaltes von 2019. Die

⁹ Eine detaillierte Beschreibung der Datengrundlage und Berechnungsmethodik befindet sich im Anhang.

¹⁰ Die Diskrepanz zwischen den berechneten 630 Millionen Euro Kosten für Szenario 1 und den im Haushaltsentwurf ab 2025 vorgesehenen 2 Milliarden Euro ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass sich die Modellierung nur auf den Kinderzuschlag bezieht. Durch die Reform sollen auch Anträge für weitere Leistungen, z. B.

Kombination der Entbürokratisierung und einer moderaten Aufstockung des Grundbedarfs (Szenario 1 und 2) wäre mit Kosten in Höhe von 2.760 Millionen Euro, und die Kombination mit der stärkeren Aufstockung (Szenario 1 und 3) mit 4.890 Millionen Euro verbunden.

Diese Kosten zum Niveau von 2019 müssen jedoch vor dem Hintergrund der hohen Inflationsraten seit 2021 interpretiert werden: Die Kaufkraft von einem Euro fällt heute geringer aus als zu Beginn des Jahres 2019 (siehe hierzu auch DIW Econ (2022)). Um dem Preisanstieg bis 2022 Rechnung zu tragen, müssten die Transfers aus Szenario 2 und 3 etwa 55,40 Euro bzw. 110,80 Euro betragen.¹¹ Die Gesamtkosten der Kindergrundsicherung würden sich dann in Preisen von 2022 auf ca. 3.060 Millionen (Szenario 1 und 2) bzw. 5.420 Millionen Euro (Szenario 1 und 3) belaufen.

Im Gegenzug würden die dargestellten Maßnahmen teils erhebliche Veränderungen in der Armutsquote bewirken. Diese wird neben relativen Einkommenseffekten als zentrale Messeinheit zur Bewertung der Szenarien herangezogen. Diese Zieldimension eignet sich außerdem, da sich die Bundesregierung es in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zum Ziel gesetzt hat, den Anteil der materiell deprivierten Personen in Deutschland so niedrig wie möglich zu halten (Bundesregierung, 2021a).

Szenarioergebnisse

Abbildung 4-1 zeigt auf, wie sich das Nettoäquivalenzeinkommen der in Abschnitt 2 definierten Haushaltstypen in den jeweiligen Szenarien verändern würde. Nicht aufgeführt sind Haushalte ohne Kinder, da diese per Definition keinen Anspruch auf Kinderleistungen haben.

Über alle Haushaltstypen hinweg würde eine Leistungserhöhung um 100 Euro aus Szenario 3 die stärksten Einkommensänderungen auslösen, während die vollständige Inanspruchnahme des Kinderzuschlags aus Szenario 1 nur vergleichsweise geringe Effekte hervorrufen würde. Eine Leistungserhöhung von 50 Euro aus Szenario 2 hätte per Definition einen geringeren Effekt auf das Einkommen als eine doppelte so hohe Leistungserhöhung. Der durchschnittliche Effekt je Haushaltstyp läge aber immer noch über dem Einkommenszuwachs des Szenarios einer vollständigen Inanspruchnahme des Kinderzuschlags.

aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, automatisiert werden. Um die laufenden Verhandlungen nicht durch die Veröffentlichung der Verhandlungsgrundlage zu beeinträchtigen, werden die Berechnungen der beteiligten Ministerien zudem aktuell noch nicht offengelegt.

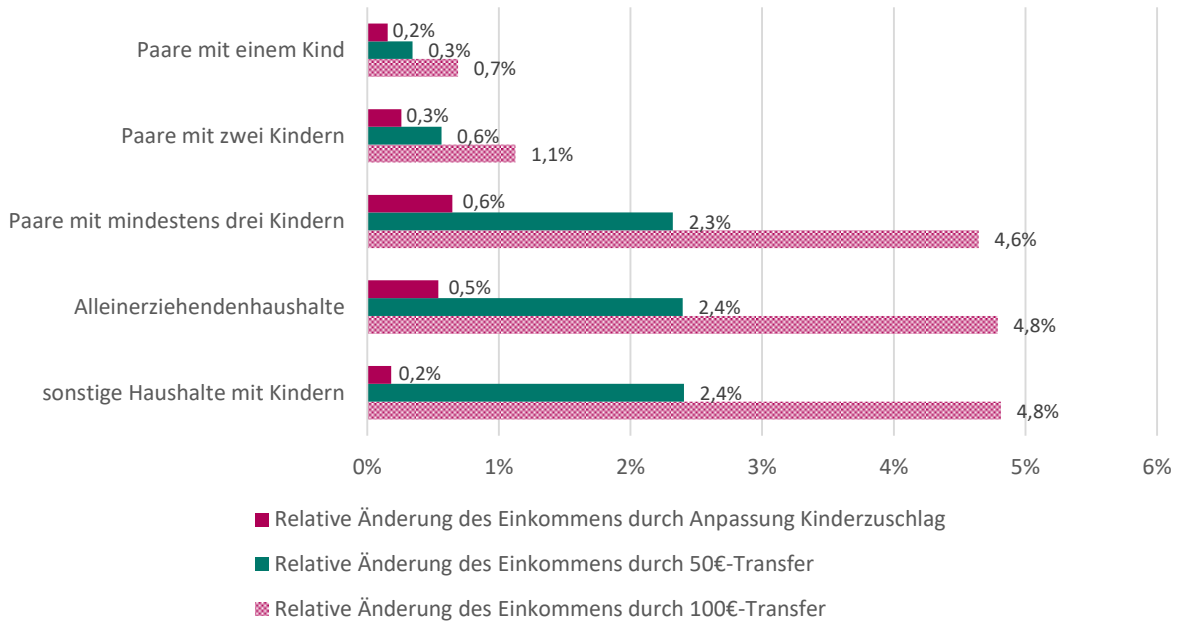
¹¹ Die Daten wurden mit dem Verbraucherpreisindex bis 2022 fortgeschrieben (Statistisches Bundesamt, 2023).

Der relative Vergleich zwischen den Haushaltstypen zeigt, dass die zwei am meisten von Armut gefährdeten Gruppen relativ am meisten von den Politikmaßnahmen profitieren würden. In allen untersuchten Szenarien würden Alleinerziehendenhaushalte und Paare mit mindestens drei Kindern zu den Haushalten gehören, die den größten prozentualen Zuwachs verzeichnen. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der niedrigeren Nettoäquivalenzeinkommen dieser beiden Haushaltstypen (siehe Abbildung 2-2) die höheren relativen Effekte nicht zwangsläufig in hohen absoluten Beträgen niederschlagen.¹²

Die Wirkung der Maßnahmen würde sich vor allem in Szenario 3 deutlich je nach Haushaltstyp unterscheiden. Der Simulation zufolge würde die Leistungserhöhung um 100 Euro das Einkommen von Paaren mit einem Kind im Durchschnitt um weniger als 1 Prozent erhöhen, wohingegen Alleinerziehendenhaushalte, Paare mit mindestens drei Kindern und sonstige Haushalte mit Kindern einen Einkommenseffekt von knapp 5 Prozent verzeichnen würden. Würde hingegen nur die Entbürokratisierung aus Szenario 1 umgesetzt, so wären die Unterschiede zwischen den Haushaltstypen weniger deutlich. In anderen Worten würden sich die Leistungen dann weniger auf die von Armut gefährdeten Haushaltstypen konzentrieren und Haushaltstypen, die weniger stark von Armut betroffen sind, würden vergleichsweise stark profitieren.

¹² So bedeutet ein relativer Einkommenseffekt von 0,5 Prozent durch die Anpassung des Kinderzuschlags für Alleinerziehendenhaushalte 93 Euro mehr, während Paarhaushalte mit einem Kind bei 0,5 Prozent Einkommenseffekt 147 Euro mehr zur Verfügung hätten.

Abbildung 4-1:
Durchschnittlicher Einkommenseffekt je Haushaltskategorie der simulierten politischen Maßnahmen



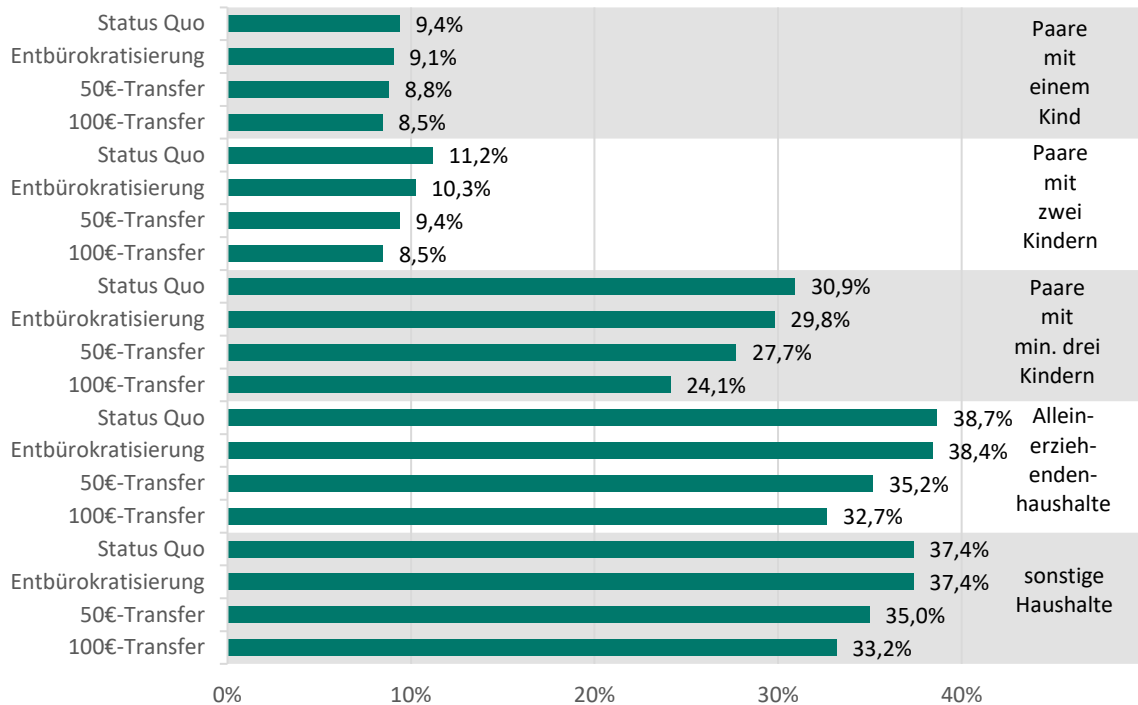
Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten.

Um den Effekt der drei Szenarien auf die tatsächliche Veränderung der Armutsquote zu bewerten, wird Abbildung 4-2 herangezogen. Hier abgetragen sind die Anteile der in Einkommensarmut lebenden Haushalte je Haushaltstyp im Status Quo von 2019 sowie in den drei Szenarien.

Es ist deutlich erkennbar, dass die Leistungserhöhungen in Szenario 2 und 3 vor allem einen deutlichen Anteil der Alleinerziehendenhaushalte und Paare mit mindestens drei Kindern über die Armutsschwelle bringen würde – also die Haushalte mit der höchsten Armutsgefährdungsquote. Konkret würde sich der Anteil an Alleinerziehendenhaushalten, die in Einkommensarmut leben, um knapp 3,5 bzw. 6 Prozentpunkte verringern, wenn ihnen zusätzliche Leistungen von 50 bzw. 100 Euro je Kind bereitgestellt werden würden. Für Haushalte mit mindestens drei Kindern sind die simulierten Einkommenseffekte ähnlich. Hier würde sich der Anteil an Haushalten in Einkommensarmut um rund 3 bzw. 7 Prozentpunkte reduzieren. Eine Bürokatierreform, die eine vollständige Inanspruchnahme bewirken würde (Szenario 1), wäre für Alleinerziehendenhaushalte und Paare mit mindestens drei Kindern weniger effektiv. Ein Erklärungsansatz hierfür ist, dass diese Haushalte bereits aktuell in weiten Teilen den Kinderzuschlag abrufen. Die Bürokatierreform hätte unter allen Haushalten noch den größten armutsreduzierenden Effekt in Familien mit zwei oder mindestens drei Kindern.

Abbildung 4-2:

Anteil der Haushalte in Einkommensarmut vor und nach simulierten politischen Maßnahmen

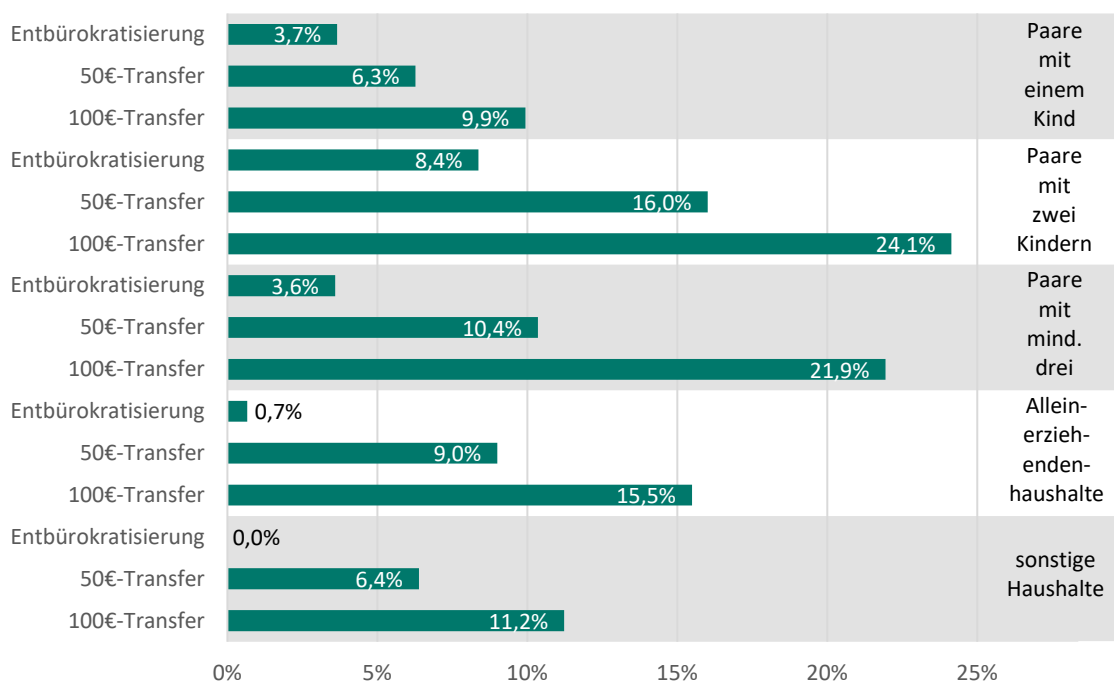


Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten.

Die Effekte lassen sich auch als prozentuale Veränderung der relativen Armutsquote darstellen – des Anteils an armen Haushalten je Haushaltstyp, der durch die Reform über die Armutsschwelle gebracht wird (Abbildung 4-3). Der Anteil armer Alleinerziehendenhaushalte würde um 9 Prozent (Szenario 2) bzw. 15,5 Prozent (Szenario 3) sinken. Auch bei Paarhaushalten mit drei oder mehr Kindern wären die Rückgänge in der Armutsquote erheblich. Unter ihnen würde bei einer Leistungserhöhung der in Einkommensarmut lebende Anteil um 10,4 (Szenario 2) bzw. 21,9 Prozent (Szenario 3) zurückgehen. Noch stärker wäre der Rückgang unter Paaren mit zwei Kindern (16,0 Prozent in Szenario 2 und 24,1 Prozent in Szenario 3).

Eine vollständige Inanspruchnahme des Kinderzuschlags (Szenario 1) hingegen würde die Armutsquote vergleichsweise wenig reduzieren. Die höchste Armutsreduktion durch einen angepassten Kinderzuschlag würden Paarhaushalten mit zwei Kindern verzeichnen; hier würde der in Einkommensarmut lebende Teil um ca. 8 Prozent sinken. Am geringsten wäre der Effekt für Alleinerziehendenhaushalte, deren Anteil an armutsbetroffenen Haushalten nur um 0,7 Prozent sinken würde.

Abbildung 4-3:
Relative Änderung der Armutsquote



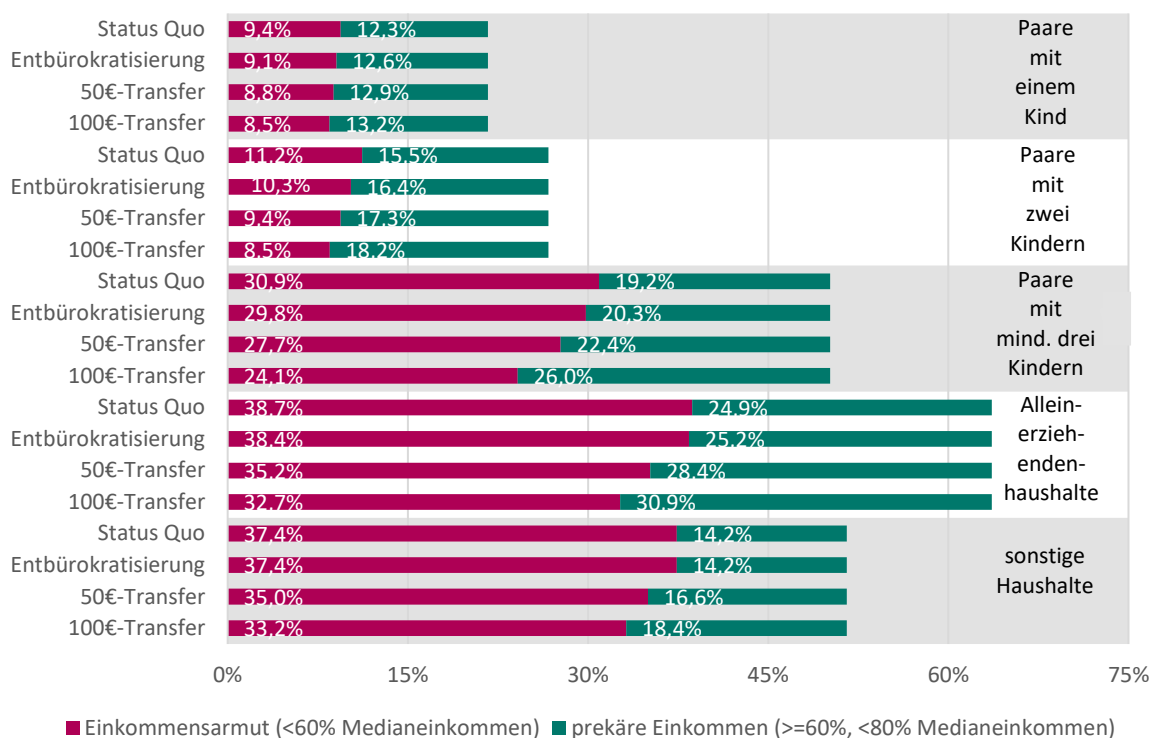
Anmerkung: Die relativen Änderungsbeträge verschiedener Szenarien können nicht addiert werden, um die Kombination zweier Maßnahmen darzustellen. Grund ist, dass es zu Überschneidungen in den Haushalten zwischen den Szenarien kommt und beispielsweise die Entbürokratisierung (Szenario 1) und ein 50 Euro-Transfer (Szenario 2) die identischen Haushalte über die Armutsgefährdungsgrenze heben könnte.

Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten.

Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die unterschiedlichen Reformen in den Szenarien zwar die Armutsgefährdungsquote reduzieren würden. Wie Abbildung 4-4 veranschaulicht, bliebe der gesamte Anteil von Haushalten mit weniger als 80 Prozent des Medianeinkommens – also Haushalte der Einkommensklassen Einkommensarmut und prekäre Einkommen – jedoch unberührt. Während starke Einkommensarmut durch die Reformen erheblich reduziert werden könnte, insbesondere für Alleinerziehende und Paare mit mindestens drei Kindern, bliebe das allgemeine Einkommensgefüge weitgehend stabil. Durch die gezielten Hilfen wird also nicht die gesamte Einkommensverteilung verschoben, vielmehr wird sie am unteren Ende für die bedürftigsten Haushalte etwas egalisiert/entschärft.

Abbildung 4-4:

Anteil der Haushalte mit prekärem Einkommen vor und nach simulierten politischen Maßnahmen



Quelle: DIW Econ, SOEPv37, gewichtet mit Haushaltsgewichten.

5. Fazit

Im Rahmen der Kurzexpertise wurde auf Grundlage von Daten des SOEP dargelegt, dass jeder fünfte Haushalt mit Kindern derzeit unterhalb der Armutsrisikogrenze lebt. Besonders betroffen sind Haushalte mit drei oder mehr Kindern und Alleinerziehendenhaushalte. In der Debatte zur Bekämpfung von Kinderarmut dürfen Politikmaßnahmen nicht nur an ihren direkten fiskalischen Kosten gemessen werden. Vielmehr müssen auch die Folgekosten unterlassener Bekämpfung berücksichtigt werden.

Diese Folgekosten sind jedoch schwer zu quantifizieren. Sie treten oft nicht zeitgleich zur erlebten Armut auf, stehen am Ende komplexer Zusammenhänge und sind teilweise nicht in monetären Größenordnungen zu fassen. Stattdessen wurden für die Folgekostenbereiche Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe Partialanalysen entstehender Kosten diskutiert. Angesichts des sich gegenseitig verstärkenden Charakters sind diese Folgekostenmechanismen als grobe Untergrenzen der Kosten zu interpretieren, die heutige Kinderarmut in Zukunft für die Gesellschaft bedeutet.

- **Gesundheit:** Kinder, die in armen Verhältnissen aufwachsen, haben ein erhöhtes Risiko für gesundheitliche Probleme – etwa chronische Krankheiten wie Adipositas und Diabetes, Entwicklungsverzögerungen und psychische Beeinträchtigungen. Diese erhöhten Krankheitslasten führen langfristig zu einer verstärkten Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen und somit zu höheren Kosten im Gesundheitssystem. Effertz et al. (2016) schätzen alleine die unmittelbaren Kosten im Zusammenhang mit Adipositas und ihren Begleiterkrankungen auf jährlich etwa 29,36 Milliarden Euro, die beispielsweise für Pflege, Krankengeld und Eingriffe anfallen. Hinzu kommen indirekte Folgekosten von jährlich 33,65 Milliarden Euro, die beispielsweise durch eine verkürzte Erwerbszeit entstehen.
- **Bildung:** Kinder aus einkommensschwachen Familien haben oft einen schlechteren Zugang zu Bildungsangeboten, was zu niedrigeren Bildungsabschlüssen und begrenzten beruflichen Perspektiven führt. Diese Bildungsungleichheiten haben wiederum Auswirkungen auf die Arbeitsmarktchancen und das Einkommen im Erwachsenenalter, was zu einem höheren Bedarf an staatlicher Unterstützung führen kann. Almedinger et al. (2011) schätzen, dass alle Personen eines Jahrgangs mit unzureichender Bildung 1,5 Milliarden Euro an Kosten durch ausbleibende Lohnsteuern und Abgaben sowie durch Transferleistungen über ihre Erwerbsbiografie verursachen.
- **Soziale Teilhabe:** Kinderarmut führt zu einem Mangel an sozialer Teilhabe (sozialem Kapital), was wiederum über die Reduktion sozialer Kontakte in Hinblick auf berufliche Unterstützung

und Kontakt zu möglichen Arbeitgebern negative Auswirkungen auf den beruflichen Werdegang hat. Soziale Teilhabe ist nur schwer monetär messbar. Kosten entstehen beispielsweise, wenn ein schwächeres soziales Netz die Chancen auf ein Anstellungsverhältnis reduziert und deswegen Zahlungen von Steuern und Sozialbeiträgen ausbleiben und der Staat für Transferleistungen aufkommen muss (Shen & Bian, 2018; Boxman, De Graaf, & Flap, 1991). Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen infolge sozialer und emotionaler Auffälligkeiten, die unter in Armut lebenden Kindern häufiger auftreten, verursachen Kosten (Laubstein, Holz, & Seddig, 2016).

Die erhöhte finanzielle Belastung für den Staat, die durch die verstärkte Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung durch einkommensschwache Menschen und wegfallende Steuereinnahmen verursacht wird, muss in der Beurteilung politischer Maßnahmen immer mitgedacht werden. Investitionen in Kinder zahlen sich langfristig aus und führen langfristig zu erheblichen fiskalischen Einsparungen.

Die empirische Szenarienanalyse von möglichen politischen Maßnahmen in Anlehnung an das Eckpunktepapier zur Kindergrundsicherung der Bundesregierung zeigt, dass ihre Maßnahmen wirksam im Kampf gegen Kinderarmut sein können. In jedem analysierten Szenario – die Entbürokratisierung zur erhöhten Inanspruchnahme der staatlichen Kinderleistungen (Szenario 1) und ein zusätzlicher Transfer von 50 Euro (Szenario 2) bzw. 100 Euro (Szenario 3) je Kind für armutsbetroffene Haushalte – könnte der Anteil an Haushalten unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze gesenkt werden. Besonders gezielt könnte der Anteil armer Haushalte in Szenario 3 gesenkt werden: um 15,5 Prozent für Alleinerziehendenhaushalte und um 21,9 Prozent für Haushalte mit drei Kindern.

Eine Kindergrundsicherung, die auch die monetäre Hilfe erhöht, ist gut angelegtes Geld. Es kommt bei den Betroffenen an und reduziert die langfristigen gesellschaftlichen Folgekosten. Die modellierten Maßnahmen würden den Staat im Gegenzug auf dem Niveau von 2019 jährlich ca. 630 Millionen (Szenario 1), 2.130 Millionen (Szenario 2) bzw. 4.260 Millionen Euro (Szenario 3) kosten. Gegenübergestellt mit über 100 Milliarden Euro, die 2019 laut einer Makrostudie von Clarke et al. (2022) durch vergangene und aktuell existierende Kinderarmut anfielen, sind die vorgestellten politischen Maßnahmen als sinnvolle Investition zu interpretieren.

Abschließend muss festgehalten werden, dass die monetäre Hilfe nur ein Standbein des Konzepts zur Bekämpfung von Kinderarmut ist. Der verbesserte Zugang und die Ausweitung der finanziellen Unterstützungszahlungen müssen durch nicht-monetäre, fördernde Maßnahmen wie eine soziale Infrastruk-

tur flankiert werden. Nur dann können auch nicht monetär greifbare Wirkungskanäle, wie beispielsweise die soziale Teilhabe, adäquat angegangen, soziale Mobilität gefördert und Folgekosten nachhaltig reduziert werden.

Literaturverzeichnis

- Agardh, E., Allebeck, P., Hallqvist, P., Moradi, T., & Sidorchuk, A. (2011). Type 2 diabetes incidence and socio-economic position: a systematic review and meta-analysis. *International Journal of Epidemiology*, Vol. 40, No. 3, 804-818.
- Allmendinger, J., Giesecke, J., & Oberschachtsiek, D. (2011). *Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Andersson, A. B. (2021). Social capital and self-efficacy in the process of youth entry into the labour market: Evidence from a longitudinal study in Sweden. *Research in Social Stratification and Mobility*, 71.
- Andresen, S., & Galic, D. (2015). *Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung*. Bertelsmann Stiftung.
- Andresen, S., & Möller, R. (2019). *Children's Worlds+. Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Gesamtauswertung*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Anger, C., Fischer, M., Geis, W., Lotz, S., Plünnecke, A., & Schmidt, J. (2012). Ganztagsbetreuung von Kindern Alleinerziehender: Auswirkungen auf das Wohlergehen der Kinder, die ökonomische Lage der Familie und die Gesamtwirtschaft. *IW-Analysen*, No. 80.
- Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung. (2022). *Bildung in Deutschland 2022. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal*. Bielefeld: wbv.
- Becker, I., & Held, B. (2021). *Regelbedarfsbemessung - eine Alternative zum gesetzlichen Verfahren*. Diakonie Deutschland.
- Becker, R., & Lauterbach, W. (2013). *Niedrigeinkommen und soziale Exklusion. Die Perpetuierung von Armut im Generationenzusammenhang. Vortrag für die Arbeitstagung der Sektion „Soziale Indikatoren“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) in Zusammenarbeit mit dem DIW Berlin*.

- Bertelsmann Stiftung. (2020). *Welche Erfahrungen mit Armut machen junge Menschen in Deutschland? Ein erster Einblick in Kommentierungen der YouTube-Videos der Initiative #StopptKinderarmut*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- BMFSFJ. (2010). *Eltern wollen Chancen für ihre Kinder*. Berlin: Monitor Familienforschung 23.
- BMFSFJ. (2017). *Familienreport 2017. Leistungen, Wirkungen, Trends*.
- BMFSFJ. (2023). *Eckpunktepapier zur Ausgestaltung der Kindergrundsicherung*.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In R. Kreckel, *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2)* (S. 183-198). Göttingen.
- Boxman, E. A., De Graaf, P. M., & Flap, H. D. (1991). The impact of social and human capital on the income attainment of Dutch managers. *Social Networks*, 13(1), S. 51-73.
- Bundesministerium der Finanzen. (5. Juli 2023). *Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 und Finanzplan bis 2027*. Von <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/07/2023-07-05-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2024.html> abgerufen
- Bundesregierung. (2021a). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Weiterentwicklung 2021)*. Frankfurt am Main: Bundesregierung.
- Bundesregierung. (2021b). *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*.
- Bundesregierung. (2023). *Eckpunkte zur Ausgestaltung der Kindergrundsicherung*. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2020). *Armutsgefährdungsquoten von Familien*. Abgerufen am 15. 06 2023 von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61791/armutsgefaehrungsquoten-von-familien/>
- Clarke, C., Bonnet, J., Flores, M., & Thévenon, O. (2022). The economic costs of childhood socio-economic disadvantage in European OECD countries. *OECD Papers on Well-being and Inequalities*(No. 9).
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (2023). *DGE-Ernährungskreis*. Abgerufen am 31. Juli 2023 von <https://www.dge.de/gesunde-ernaehrung/dge-ernaehrungsempfehlungen/dge-ernaehrungskreis/>
- Diakonie Deutschland. (2023). *Themenschwerpunkt Kinderarmut*. Abgerufen am 25. Juli 2023 von <https://www.diakonie.de/kinderarmut>

- DIW Econ. (2022). *Belastung einkommensschwacher Haushalte durch die steigende Inflation*. Kurzexpertise für die Diakonie Deutschland e. V. Berlin.
- Effertz, T., Engel, S., Frank, V., & Linder, R. (2016). The costs and consequences of obesity in Germany: a new approach from a prevalence and life-cycle perspective. *The European Journal of Health Economics*, S. 1-18. doi:10.1007/s10198-015-0751-4
- El-Mafaalani, A. (2021). *Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Engels, D., & Thielebein, C. (2011). *Zusammenhang von sozialer Schicht und Teilnahme an Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Schlussbericht*. Köln.
- Faust, G., & Roßbach, H.-G. (2014). Herkunft und Bildungserfolg beim Übergang. In K. Maaz, M. Neumann, & J. Baumert, *Herkunft und Bildungserfolg von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter: Forschungsstand und Interventionsmöglichkeiten aus interdisziplinärer Perspektive* (S. 119-140). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 24.
- Fend, H. (2014). Bildungslaufbahnen von Generationen: Befunde der LifE-Studie zur Interaktion von Elternhaus und Schule. In K. Maaz, M. Neumann, & J. Baumert, *Herkunft und Bildungserfolg von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter: Forschungsstand und Interventionsmöglichkeiten aus interdisziplinärer Perspektive* (S. 37-72). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 24.
- Gennetian, L. A., Duncan, G., Fox, N. A., Magnuson, K., Halpern-Meekin, S., Noble, K. G., & Yoshikawa, H. (2022). *Unconditional Cash and Family Investments in Infants: Evidence from a Large-Scale Cash Transfer Experiment*. Cambridge: U.S. NBER Working Paper.
- Groh-Samberg, O., Büchler, T., & Gerlitz, J.-Y. (2019). *Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittbetrachtung - Ein Beitrag zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS),.
- Hallström, L., Vereecken, C. A., Patterson, E., Gilbert, C. C., Catasta, G., Díaz, L.-E., . . . Hegyi, A. (2011). Breakfast habits and factors influencing food choices at breakfast in relation to socio-demographic and family factors among European adolescents. The HELENA Study. *Appetite*, 56(3), 649-657.
- Hausner, K.-H., Weber, E., & Yilmaz, Y. (2022). *Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind 2021 nochmals um 5 Milliarden Euro gestiegen*. Von IAB-Forum: <https://www.iab-forum.de/die-kosten-der-arbeitslosigkeit-sind-2021-um-5-milliarden-euro-gestiegen/> abgerufen

- HBSC-Studienverband Deutschland. (2020). The World Health Organization's Health Behaviour in School-aged Children (HBSC) Study - Survey Results from Germany 2017/18. *Journal of Health Monitoring* 5(3), 7-20.
- Hillmert, S. (2014). Bildung, Ausbildung und soziale Ungleichheiten im Lebenslauf. In K. Maaz, & M. & Neumann, *Herkunft und Bildungserfolg von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter: Forschungsstand und Interventionsmöglichkeiten aus interdisziplinärer Perspektive* (S. 73–94). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 24.
- iwd. (29. 06 2022). *Kinder gehen ins Geld*. Von <https://www.iwd.de/artikel/kinder-gehen-ins-geld-549645/#:~:text=Kinder%20gehen%20ins%20Geld%201%20In%20Deutschland%20haben,wie%20Eltern%20aus%20dem%20einkommensschw%C3%A4chsten%20Zehntel.%20Weitere%20Elemente%20abgerufen>
- Jessen, J., Schmitz, S., Spieß, C. K., & Waights, S. (2018). Kita-Besuch hängt trotz ausgeweitetem Rechtsanspruch noch immer vom Familienhintergrund ab. *DIW Wochenbericht* 38/2018, 826-835.
- Laubstein, C., Holz, G., & Seddig, N. (2016). *Armutfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Laubstein, C., Holz, G., Dittmann, J., & Sthamer, E. (2012). *Von alleine wächst sich nichts aus. Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Abschlussbericht der 4. Phase der Langzeitstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt*. Frankfurt am Main.
- Legewie, N., & Bohmann, S. (2018). Sozialer Auf- und Abstieg: Angleichung bei Männern und Frauen. *DIW Wochenbericht*, 20, S. 421-431.
- Lietzmann, T., & Wenzig, C. (2020). *Materielle Unterversorgung von Kindern*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Middendorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S., & Poskowsky, J. (2017). *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016*. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks - durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).
- OECD. (1982). *The OECD List of Social Indicators*. Paris.
- OECD. (2018). *A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility*. Paris: OECD Publishing.

- Otto, B. (2002). Die sozioökonomischen Folgen eines einkommensabhängigen Kindergeldzuschlags: eine Mikrosimulation der „Grünen Kindergrundsicherung“. *DIW Diskussionspapiere No. 273*.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Scharf, J., Becker, M., Stallasch, S. E., Neumann, M., & Maaz, K. (2020). Primäre und sekundäre Herkunftseffekte über den Verlauf der Sekundarstufe. Eine Dekomposition an drei Bildungsübergängen. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 23 (6)*, S. 1251-1282.
- Schober, P. S., & Spieß, C. K. (2012). Frühe Förderung und Betreuung von Kindern: bedeutende Unterschiede bei der Inanspruchnahme besonders in den ersten Lebensjahren. (D. Berlin, Hrsg.) *DIW Wochenbericht, 43*, S. 17-28.
- Schrenker, A., & Wrohlich, K. (2022). Gender Pay Gap ist in den letzten 30 Jahren fast nur bei Jüngeren gesunken. *DIW Wochenbericht 9/2022*, 150-154.
- Shen, J., & Bian, Y. (2018). The causal effect of social capital on income: A new analytic strategy. *Social Networks(54)*, S. 82-90. doi:<https://doi.org/10.1016/j.socnet.2018.01.004>
- SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP. (2021). *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*.
- Statistisches Bundesamt. (2021). *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Statistisches Bundesamt. (2023). *Konjunkturindikatoren. Verbraucherpreisindex für Deutschland*. Abgerufen am 24. Juli 2023
- Stichnoth, H., Garcia, S. C., Dörrenberg, P., Neisser, C., Riedel, L., Ungerer, M., & Wehrhöfer, N. (2018). *Kommt das Geld bei den Kindern an?* ZEW und Bertelsmann Stiftung.
- Tophoven, S., Lietzmann, T., Reiter, S., & Wenzig, C. (2017). *Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Tophoven, S., Lietzmann, T., Reiter, S., Wenzig, & Claudia. (2018). *Aufwachsen in Armutslagen. Zentrale Einflussfaktoren und Folgen für die soziale Teilhabe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Volf, I., Sthamer, E., Laubstein, C., Holz, G., & Bernard, C. (2019). *Wenn Kinderarmut erwachsen wird*. Frankfurt a. M.: AWO-ISS-Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf.

Walper, S. (2015). *Aufwachsen in Deutschland – Erste Befunde des neuen DJI-Surveys AID:A*. Von http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/news/2015/news_20151126_jahrestagung_walper_folien.pdf abgerufen

Walper, S., & Riedel, B. (2011). Was Armut ausmacht. *DJI Impulse 1/2011*, 13-15.

WHO. (1946). *Verfassung der Weltgesundheitsorganisation*.

Zakrzewski, J. K., Gillison, F. B., Cumming, S., Church, T. S., Katzmarzyk, P. T., Broyles, S. T., . . . Trem, M. S. (2015). Associations between breakfast frequency and adiposity indicators in children from 12 countries. *International Journal of Obesity Supplements 5*, 80-88.

Anhang

Datengrundlage

Für die Erfassung von haushaltsspezifischen sozioökonomischen Informationen dient das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) als Datengrundlage. Das SOEP ist eine jährliche Befragungsstudie, die im Jahr 1984 gestartet wurde und Haushalte über einen möglichst langen Zeitraum begleitet. In der neuesten Befragungswelle, Welle 37 aus dem Jahr 2020, wurden rund 32.000 Personen in über 20.000 Haushalten befragt. Für die Analyse der Daten werden vor allem Informationen aus dem Jahr 2019 verwendet, da sich insbesondere Einkommensdaten auf das jeweilige Vorjahr der Befragung beziehen. Zudem werden nur private Haushalte berücksichtigt.

Methodik

Um einen Vergleich der Lebensumstände und der Auswirkungen der Kindergrundsicherung zu ermöglichen, werden die Haushalte zunächst in Einkommensgruppen eingeteilt. Dafür wird das Nettoäquivalenzeinkommen eines jeden Haushalts berechnet, wodurch Haushalte verschiedener Größe und Konstellation vergleichbar werden. Die Gewichtung entspricht der modifizierten OECD-Äquivalenzskala, die der ersten erwachsenen Person ein Gewicht von 1 und jedem weiteren Erwachsenen ein Gewicht von 0,5 zuschreibt. Kinder erhalten das Gewicht 0,3 (OECD, 1982). Die Haushalte werden anschließend gemäß ihres Äquivalenzeinkommens folgendermaßen eingeteilt:

- Haushalte mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Einkommensarmut)
- Haushalte mit 60 Prozent bis 80 Prozent des Medianeinkommens (prekäre Einkommen)
- Haushalte mit 80 Prozent bis 120 Prozent des Medianeinkommens (mittlere Einkommen)
- Haushalte mit 120 Prozent bis 200 Prozent des Medianeinkommens (gehobene Einkommen)
- Haushalte mit mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens (Einkommenswohlhabend)

Für die Modellierung des Einkommens wird ein statistisches Modell ohne Verhaltensanpassung genutzt. D.h. zum Beispiel, dass Eltern ihre Arbeitszeit nicht reduzieren, wenn sich das Haushaltseinkommen verändert. In der Modellierung wird der jeweilige Transferbetrag (50 Euro in Szenario 2 und 100 Euro in Szenario 3) für alle Kinder ausgezahlt, die sich unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze, d.h. in der Einkommensgruppe Einkommensarmut, befinden. Als Kinder werden alle Personen gewertet, die kindergeldberechtigt sind, d.h. alle Minderjährigen sowie arbeitslose Personen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs und Personen in Ausbildung bis Vollendung des 25. Lebensjahrs. Durch die

gezahlten Transfers ändert sich die Einkommensverteilung der gesamten Population und somit das Medianeinkommen, sodass die Einkommensgruppen nach der Transferzahlung neu definiert werden.

Die Bestimmung der Haushaltstypen erfolgt anhand dieser Definition eines Kinders, was zu einer gewissen Unschärfe führen kann. So wird ein Haushalt mit einer volljährigen Person und einer 22-jährigen studierenden Person als Alleinerziehend gewertet. Wäre diese 22-jährige Person nicht in Ausbildung, würde er als Haushalt ohne Kinder definiert.

Um die Auswirkungen einer vollständigen Inanspruchnahme des Kinderzuschlags auf das Haushaltseinkommen zu modellieren, werden folgende Schritte durchgeführt:

- Zunächst wird die gewichtete Anzahl der Haushalte ermittelt, die im SOEP im Jahr 2019 einen Kindergeldzuschlag erhalten hat.
- Die Summe wird mit einer Inanspruchnahmequote von 35 Prozent gleichgesetzt, die beispielsweise vom Bundesfamilienministerium angenommen wird (BMFSFJ, 2017).
- Anschließend wird die gewichtete Anzahl der Haushalte berechnet, die für eine vollständige Inanspruchnahme von 100 Prozent erforderlich wären.
- Dann werden alle Haushalte identifiziert, welche die Mindestanforderungen zur Berechtigung zum Kinderzuschlag erfüllen, ihn aber nicht erhalten. Diese Anforderungen beinhalten: Kein Bezug von ALG II und ein monatliches Netto-Haushaltseinkommen von über 900 Euro für Paare und über 600 Euro für Alleinerziehende. Dabei wird keine Einkommensobergrenze berücksichtigt, da sie vom individuellen Haushaltsbedarf abhängt.
- Der Kinderzuschlag wird zum Einkommen der ärmsten Haushalte, die für den Zuschlag berechtigt sind, aber ihn nicht in Anspruch nehmen, hinzugefügt, bis eine Inanspruchnahmequote von 100 Prozent unter den Haushalten erreicht ist.